

BULLETIN

NUMMER 4 | Dezember 2009



- * 6 Tagebuch Herbstsession - Jo bei Jo *
- * 10 Glencore - Globalisierung konkret *
- * 14 Mehr Bahn! - Basistunnel oder «Zimmerberg light» *
- * 18 Wahlgesetz - Demokratisches Recht wird mit Füßen getreten *
- * 22 Junge Alternative - Jung, grün, stachlig *

Inhaltsverzeichnis

3 Editorial

Wir sind da

4 Nationalrat

Die Muslimfeindlichkeit ist das Problem

6 Tagebuch

Jo bei Jo

8 Nationale Abstimmung

Keine Angst vor Drohungen der Versicherungslobby

10 Glencore

Globalisierung konkret

11 Grünspecht

Der Kampf um die Stimmen der Bauern

12 Mobilität

Bausteine einer nachhaltigen Mobilität

14 Mehr Bahn!

Basistunnel oder «Zimmerberg light»?

17 Tangente Zug-Baar

Ab in die Sackgasse

18 Wahlgesetz

Demokratisches Recht wird mit Füßen getreten

19 Regierungsrat

Von Bildern und Bänden

20 Kantonsrat

Förderung von Energieeffizienz

22 Junge Alternative

Jung, grün, stachlig

23 Wirtschaftskriminalität

Lasche Eintragungspraxis erleichtert Wirtschaftskriminalität

24 Serviceteil

Frontal

Kino

Verabschiedung – Begrüssung

Buch

Adressen

Impressum

Veranstaltungen



Karikatur des Jahres

Felix Schaad, vielleicht der genialste Karikaturist der Schweiz, bringt es im Tagi anlässlich der Eröffnung der A4 durchs Säuliamt auf den Punkt.

«Mission statement»

Das BULLETIN des alternativen Zug wird von folgenden Gruppen getragen: **Alternative – die Grünen Zug, KriFo Alternative Cham, Frische Brise Alternative Steinhausen, Gleis 3 Alternative Risch-Rotkreuz, Freie Wähler Menzingen, Forum Oberägeri, Alternative Stadt Zug, Alternative Baar.**

Das BULLETIN setzt sich mittels seiner Publikationen ein für die Förderung und den Erhalt von Lebensqualität im Sinne von:

- Soziale Gerechtigkeit, Schutz von sozial Benachteiligten
- Ökologische Nachhaltigkeit, Schutz von Lebensräumen und Umwelt

- Gleichwertigkeit von Geschlecht und Rasse
- Verantwortung des Einzelnen gegenüber der Gesellschaft und Verantwortung der Gesellschaft gegenüber dem/der Einzelnen

Die Redaktion recherchiert zu politischen und gesellschaftlichen Themen nach bestem Wissen und Gewissen. Sie nimmt aktuelle Themen der alternativen Gruppierungen aus den einzelnen Zuger Gemeinden auf. Das BULLETIN fördert das politische Bewusstsein der Bevölkerung und trägt zur Meinungsbildung bei.

Redaktion und Herausgeberverein
«Das BULLETIN»

Wir sind da

Marco Knobel, Co-Präsident Junge Alternative Zug, Vorstandsmitglied KriFo Alternative Cham | Foto Marco Knobel



Jahrzehntelang haben starke Frauen dafür gekämpft, in politische Prozesse mit eingebunden zu werden. Vor allem in linken Kreisen bemühte man sich schon lange intensiv, bei der Zusammensetzung von politischen Organen eine Ausgewogenheit zu erreichen – heute stehen Frauen an der Spitze der wichtigsten politischen Institutionen der Schweiz (auch wenn leider noch immer nicht völlige Gleichstellung herrscht).

In den letzten Jahren hat aber auch eine andere, in der Politik massiv untervertretene Gruppe eine starke Dynamik entwickelt: Traditionsreiche und neue Jungparteien beginnen, sich lautstark und auf professionellem Niveau politisch zu engagieren. Jugendliche und junge Erwachsene nehmen ihre Zukunft selbst in die Hand.

Auf nationaler Ebene haben die Jungen Grünen mit ihrer Offroad- und die Jusos mit der 1:12-Initiative von sich reden gemacht. Auch auf kantonaler Ebene sorgen sie für Gesprächsstoff, so haben in Luzern etwa die JungsozialistInnen einen Auftritt des nationalistischen

Musikers Thompson verhindert, die Jungen Grünen eine «Luzern mit Strom ohne Atom»-Kampagne gestartet und die JSVP machte mit provokativen Plakaten Schlagzeilen.

Interessant ist, dass sich Junge vor allem für die politischen Pole zu interessieren scheinen.

Ist das ein

Gewinn für die Linke? Mitunter, aber nicht nur. So sind im Kanton Glarus – in welchem das Stimm- und Wahlrechtsalter 16 ausgiebig diskutiert wurde – viele Parteien der Ansicht, die tiefere Altershürde führe eher zu einem Rechtsrutsch. Die Ironie dabei: Gerade die rechten Parteien blockieren eine aktive politische Beteiligung der Jugend durch die Verweigerung eines tieferen Stimm- und Wahlrechtsalters. Ihre Argumente («die wollen das ja gar nicht») «erinnerten dabei stark an die einstigen Begründungen gegen das Frauenstimmrecht und gegen das Stimmrecht 18», kommentierte Ruedi Hertach am 25.1.07 in seiner Kolumne in der «Südostschweiz» treffend.

Das wirft Fragen auf. Ist die Linke etwa in ihrer «Nachwuchsarbeit» gescheitert? Der Aufwind ihrer Jungparteien spricht eindeutig eine andere Sprache. Klar ist: Der Ball liegt bei uns Jungen. Am 5. November gründeten wir – eine Arbeitsgruppe von acht jungen Erwachsenen – nach einiger Vorbereitung die Junge Alternative Zug. Ein gefüllter Siehbachsaal versetzte uns in

Aufbruchstimmung, die eingeladene Tessiner Koordinatorin der Jungen Grünen, Greta Gysin, gab Tipps und gute Worte zum Start mit und Stefan Gisler, Vertreter der Mutterpartei Alternative – die Grünen Zug, rief uns mit der Übergabe eines grünen Kaktus dazu auf, auch mal etwas Stacheln zu zeigen. Unsere Schwerpunkte drehen sich um das Raumproblem in Zug. Die hiesige Steuerpolitik hat nicht nur günstigen Wohnraum zum Verschwinden gebracht (was für junge und sozial schwache Familien ein Desaster darstellt), sondern äussert sich auch im Abbau von Freiräumen. Jugendliche und junge Erwachsene werden nach und nach verdrängt.

Wir sind überzeugt davon, dass es in der Verantwortung unserer Generation liegt, Junge vermehrt wieder für linke Anliegen zu gewinnen. Gerade wir, die in einer multikulturellen, pluralistischen Gesellschaft aufgewachsen sind, sollten Probleme mit einem unvorbelasteten Selbstverständnis angehen, sollten einstehe für Werte der Toleranz, des echten sozialen Fortschritts und des nachhaltigen Umgangs mit unserem Planeten. Noch mehr als für die etablierte Politlandschaft geht es für uns um etwas, wofür es sich allemal zu kämpfen lohnt: um unsere Zukunft.

Auch wollen wir eine Lobby für Junge sein, ein Labor für neue Formen des politischen Kampfes, und mit unkonventionellen Statements und Aktionen die Herzen und Köpfe der Menschen für unsere Anliegen gewinnen. Damit können wir einen wichtigen Beitrag leisten für eine sozialere Grundhaltung in unserer Gesellschaft, für Solidarität und Nachhaltigkeit. Auf dass sich noch viele Generationen lang Junge politisch organisieren können! ■

Die Muslimfeindlichkeit ist das Problem

Josef Lang, Nationalrat Alternative – die Grünen Kanton Zug | Bild Nebelspalter

4 Die Annahme des Minarett-Verbots sagt wenig aus über die Muslime. Und viel über die Krise der Schweiz. Wer meint, die Annahme des Minarett-Verbots hätte wesentlich mit den Schweizer Muslimen oder mit dem Islam zu tun, sollte dringend zwei Sachen tun: Erstens die Resultate vom 29. November geografisch vergleichen. Und zweitens die früheren Abstimmungen über die Fremdenfrage studieren.

Besonders muslimfeindlich wurde in jenen Gemeinden abgestimmt, in denen es gar keine oder nur wenige Musliminnen und Muslime gibt. Und dort, wo am meisten Strenggläubige anzutreffen sind, beispielsweise in Genf und Lausanne, war der Ja-Anteil am tiefsten. Bei der allerersten Referendums-Abstimmung, die es im Bundesstaat gegeben hat, ging es 1866 wesentlich um zwei Fragen: die Niederlassungsfreiheit für Schweizer Juden in allen Kantonen und die Kulturfreiheit für Nichtchristen. Zu diesem Zeitpunkt waren die Juden, die mehrheitlich in Lengnau und Endingen sesshaft waren, sehr schlecht integriert. Die erste Vorlage kam relativ deutlich durch: mit 170'032 gegen 149'401 Stimmen. Die zweite wurde mit 157'629 Ja gegen 160'992 Nein abgelehnt. Interessant an diesem Resultat ist Folgendes: Die Vorlage, die konkrete Folgen für die Bürger in jenen Kantonen, in denen es keine Juden gab, hätte haben können, nämlich eine jüdische Familie in der Nachbarschaft, wurde angenommen. Aber jene Vorlage, in der es «bloss» um die symbolische Anerkennung des Judentums ging, wurde abgelehnt. Dies bestätigt, dass sich Resultate nicht mit realen Konflikten oder Problemen erklären können.

Die Schwarzenbach-Frage

Es gibt noch einen anderen Vergleich, der aufschlussreich ist: 27 Jahre nach den allerersten Referendums-Abstimmungen gab es die allererste Initiativ-Abstimmung in der Geschichte des Bundesstaates. Beim Schächtverbot ging es wieder um die Jüdinnen und Juden. Obwohl diese in der Zwischenzeit in ihrer grossen Mehrheit hervor-

ragend integriert waren, nahm das Männervolk das antisemitische Volksbegehren zu 60 Prozent an. Diese Erfahrung bestätigte sich im 20. Jahrhundert: Abstimmungen zu Fremdenfragen sagen nichts oder nur wenig aus über die Fremden selber. Bezüglich der Schwarzenbach-Initiative, die 1970 46 Prozent der Stimmen machte, stellt heute kaum jemand mehr die falsche Frage: Was haben damals die Italiener verbrochen? Heute sucht man die Ursache des hohen Ja-Anteils dort, wo sie zu finden ist: beim damaligen Feindbild eines Grossteils des Souveräns.

Vom Schächt-Verbot zum Minarettverbot

Damit es bis zur Einsicht, dass der 29. November 2009 sehr wenig aussagt über die Muslime und sehr viel über den Souverän, nicht so lange dauert, stelle ich im Folgenden einen Vergleich zwischen der allerersten und der allerletzten Volksabstimmung an – zwischen dem Schächt-Verbot und dem Minarett-Verbot. Vordergründig ging es 1893 beim Schächt-Verbot um den Tierschutz, in Wirklichkeit ging es um Antisemitismus. Die Ja-Kampagne, die von Ulrich Dürrenmatt, dem Gründer der Bernischen Volkspartei und Grossvater des Schriftstellers geführt wurde, rief alle jüdenfeindlichen Klischees und Vorurteile ab – vom Gottesmord bis zum Schacher. Das Hauptthema war die Bedrohung der «christlichen Schweiz» durch die «Ostjuden».

«Die Juden müssen sich fügen»

Die Tierschutzvereine, die nichts unternahmen gegen das gängige Töten durch Kopfschlag, unterstellten den

Rabbinern, sich hinter einem «orientalischen» Glauben zu verstecken. Dürrenmatt ergänzte, dass sich derartige «asiatische Gebräuche» der Bundesverfassung zu unterwerfen hätten. Das «Oberaargauer Tagblatt» warnte, dass ein Nein «die ohnehin schon gefährliche dämonische und schliesslich ruinöse Macht der Juden noch vergrössern, verlängern und verfestigen» würde. Die «Volksstimme von Baselland» schrieb: «Die Juden leben unter uns und müssen sich fügen». Der «Thurgauer Volksfreund» betonte, «dass wir in christlichen Landen leben und wir unsere Hausordnung selbst machen.» Die rustikale Variante des Antisemitismus wurde begleitet von einem feiner formulierten Appell an die «Humanität» und die «Zivilisiertheit». Das Aushängeschild dieser Begleit-Kampagne war der ehemalige Rabbiner Jakob Stern, der die Verteidiger des Schächtens als «Anhänger des starren Rabbinitismus» hinstellte. Die Juden, die koscheres Fleisch essen wollten, seien bloss eine «Sekte», die aus «trotzigem Eigensinn» an «asiatischen Gebräuchen» festhalte. Charles Lewinsky hat dem ungläubigen Juden «Dr. Stern», der sich von Antisemiten gegen orthodoxe Juden instrumentalisieren liess, in seinem Roman «Melnitz» ein eindrückliches Denkmal gesetzt.

Wirtschafts- und Identitäts-Krisen

Die inhaltlichen Parallelen der Abstimmungskampagne für ein Schächtverbot mit der für ein Minarett-Verbot sind frappant. Aber auch die Hintergründe sind es. Die Schweiz steckte damals in einem rasanten Industrialisierungs-, Urbanisierungs- und Modernisierungsprozess. Es gab eine starke Einwanderung in die Städte. Die Landwirtschaft stand – wie überall – unter starkem Druck, der wegen einer Dürre im Sommer 1893 besonders hart wirkte. Der Liberalismus, der die Identität des jungen Bundesstaates geprägt hatte, steckte in einer tiefen Krise. Der Aufstieg des Militarismus

jenseits der Grenzen, insbesondere im Deutschen Reich, setzte eine bisher recht lockere Aussenpolitik unter wachsenden Stress. Das überraschend deutliche Ja zum Minarett-Verbot ist Ausdruck einer tiefen Verunsicherung des kollektiven Selbstverständnisses. Zu den allgemeinen Faktoren Globalisierung, Weltwirtschaftskrise und Einwanderung gesellen sich eine Reihe von schweizerischen Elementen, welche die nationale Identität besonders betreffen. Das Bankgeheimnis, das in den letzten zwei Jahrzehnten die Armee als heilige Kuh ablöste, steht zur Disposition. Hauptverantwortlich dafür sind ausgerechnet die USA, auf die sich die Schweiz während des Kalten Krieges verlassen konnte, wie wenn sie der Nato angehörte. Kaum hat unser Land den Verlust des bösen Feindes im Osten einigermassen verarbeitet, sieht sie sich mit dem nicht minder schwerwiegenden Verlust des guten Freundes im Westen konfrontiert. Diese Isolierung wird schmerzlich spürbar im ohnehin erniedrigenden Konflikt mit Libyen. Gleichzeitig zeigen sich immer mehr die Grenzen des bilateralen Wegs im Verhältnis zur Europäischen Union. Und die Armee, die noch vor zwanzig Jahren mit der Schweiz identifiziert wurde und vielen Menschen Halt gab, steckt in der tiefsten Sinn- und Orientierungskrise ihrer Geschichte.

(j1) Das Minarett-Verbot verletzt Bestimmungen der Bundesverfassung, der Europäischen Menschenrechtskonvention und von UNO-Konventionen, die nicht zur Disposition stehen, insbesondere die Religionsfreiheit und das Diskriminierungsverbot. Deshalb hätte die Bundesversammlung sie für ungültig erklären müssen, was eine Minderheit aus SP und Grünen vorgeschlagen hat und wofür ich votiert und gestimmt habe.



Karikatur im damals stark antisemitischen Nebelspalter: (Das Vieh soll inskünftig vor dem Schächten mit Alkohol betäubt werden)

Rabbi: «Gell, Herrensöhnchen, es thut nicht weh?»
 Ochs (betrunken): «Gott bewahr!; es chüzlet ganz angenehm, mach nur zu!»

Vom jüdischen zum muslimischen Feindbild

Ähnlich wie in den frühen 1890er Jahren suchen verunsicherte Bürgerinnen und Bürger Halt in einem Feindbild. Wie damals, als Beispiele von wirklichen Konflikten zwischen Juden und Nichtjuden meist aus dem Ausland stammten, gibt auch heute der inländische Alltag selber wenig her für eine Dramatisierung der Beziehungen zwischen Muslimen und Nichtmuslimen.

Bürger- und Menschenrechte verknüpfen

Die Schweiz braucht nicht primär eine Islam-Debatte. Mit der Geschlechter-

Gleichheit hat das Ja zum Minarett-Verbot etwa gleich viel zu tun, wie das Ja zum Schächt-Verbot mit dem Tierschutz zu tun hatte. Die Schweiz braucht viel dringender eine Demokratie-Debatte. Eine Demokratie des 21. Jahrhunderts ist nur dann zeitgemäss, wenn es ihr gelingt, das zu verwirklichen, was die Französische Revolution am 26. August 1789 festgeschrieben hat: die Verknüpfung der Bürgerrechte mit den Menschenrechten. Gemäss dem 220 Jahre alten Postulat hat keine Bürgerschaft das Recht, irgendeinem Menschen seine unveräusserlichen Rechte, wie beispielsweise die Religionsfreiheit, zu verweigern. ■



Jo bei Jo

Jonas Feldmann, 17, Kantonsschüler, Co-Präsident junge Alternative Zug
Bild www.parlament.ch

6 Während einer Praktikumswoche der Kantonsschule Zug durfte ich Alternative-Nationalrat Jo Lang in Bern begleiten. Über das Erlebte, die Erfahrungen, die Bekanntschaften und meine persönlichen Eindrücke habe ich Tagebuch geführt.

14.9. Als Praktikant in Bern

Jetzt bin ich also im Bundeshaus. Genauer gesagt in der Wandelhalle. Jo ist noch in einer Kommissionssitzung. Ich warte und beobachte, bis dann in einer Stunde die Nationalrats-sitzung beginnt. Etwa 40 verschiedene Zeitungen liegen hier auf – jede erdenkliche Regionalzeitung, bis auf die Zuger Zeitung. Aber mir ist sowieso nicht nach Zeitunglesen zumute, denn hier gibt es viel zu sehen. Ständig erblicke ich bekannte Gesichter, vorbeihastend, Blätter sortierend, miteinander diskutierend, über den Drucker fluchend. Mit einigen kann ich einige Worte wechseln, für ein ausführliches Gespräch hat aber niemand Zeit. Sie sind halt schon sehr gestresst, diese Nationalrätinnen und Nationalräte.

Später sitze ich auf der Tribüne und beobachte die Sitzung. Es spricht gerade Bundesrätin Doris Leuthard. Nur auf der Tribüne hört man zu. Die Ratsmitglieder lesen Zeitung, essen, plaudern, spazieren im Saal hin und her, schreiben E-Mails und surfen auf dem Internet. Wenn sie überhaupt anwesend sind. Aber sie hören diesen Text halt schon zum dritten Mal, und schriftlich haben sie ihn auch noch, erklärt mir Jo. Für die Abstimmungen rennen dann jeweils alle zu ihrem Platz und drücken auf einen Knopf. Danach verlassen die meisten den Saal wieder und begeben sich in die Wandelhalle. Zu den Zeitungen, vielleicht auch ins Café.

Am Abend darf ich mit Mitgliedern der Grünen Fraktion ein Abendessen einnehmen. Ganze sieben Mal werden sie durch den Signalton, der alle zum Abstimmen auffordert unterbrochen und ich sitze plötzlich alleine am grossen Tisch. Was die Nationalräte machen, wenn sie nicht im Saal

sind, habe ich übrigens auch erfahren: Sie arbeiten.

15.9. Kampfjets, Eintopf, Ueli Maurer

Nationalräte brauchen nicht viel Schlaf. Anders lässt es sich nicht erklären, dass sie bis zehn Uhr abends in der Sitzung sind, am nächsten Morgen um halb acht wieder beginnen und dazwischen noch zwei Reden schreiben. Im Moment läuft eine «organisierte Debatte», also eine Debatte mit festem Konzept, die ich von der Tribüne aus verfolge. Die Sitzung wird heute schon am Mittag zu Ende sein, am Nachmittag finden die Fraktionssitzungen statt. Ich darf bei derjenigen der Grünen Fraktion zwar dabei sein, jedoch nichts verraten. Es geht nämlich um die Bundesratswahlen von morgen...

Auch ein sehr wichtiges Thema diese Woche ist die Mission Atalanta, das Entsenden von Schweizer Soldaten nach Somalia. Kurz vor Sitzungsende sind zwei Bundesräte anwesend und der Saal ist so voll, wie schon lange nicht mehr. Es sind auch schon viel mehr Zuschauer und Reporter da als noch am frühen Morgen. Wie wird das wohl erst morgen hier aussehen?!

Raten Sie einmal, was ich heute zu Mittag gegessen habe: Spatz! Aus der Gamelle. Direkt nach der Nationalrats-sitzung fand ein VBS-Seminar statt. Thema: Kampfjets. Für Jo (und auch für mich) ein sehr wichtiges Thema! Er habe extra Ueli Maurer gefragt, ob ich auch mitkommen dürfe, erzählt mir Jo. Ich durfte. Und so sass ich dann in diesem Raum mit vielen anderen Kampfjet-interessierten Leuten (fast ausschliesslich bürgerlich und männlich). Und dann eben das Mittagessen. Wenn der Ar-

meechef, die Generalsekretärin des VBS und der VBS-Chef höchstpersönlich anwesend sind, ist das schon etwas Besonderes, auch wenn es nur Eintopf gibt.

Gespannt verfolge ich danach die Debatte der Grünen. Etwas fällt mir auf: Die Uneinigkeit innerhalb der Grünen ist hier in Bern viel grösser als in Zug! Als ich das Jo erzähle, lächelt er und meint, in Zug würden halt auch nicht so brisante Dinge besprochen...

Die «Nacht der langen Messer», so nennt man sie, die Nacht vor den Bundesratswahlen. Dieses Mal scheint es jedoch eher eine «Nacht der grossen Gabeln» zu sein, denn man geht erst einmal essen. Für die Grünen gibt es auch bei Spaghetti und Wein nichts mehr zu den Bundesratswahlen zu diskutieren. Nach Espresso und Grappa geht es dann ins Hotel Bellevue. Zu den Medien. Alle wollen wissen, wer denn morgen Favorit sei und wen die Grünen wählen werden. Immer die gleichen Fragen, die ich aufgrund meines «Schweigeversprechens» gar nicht beantworten darf. Aber mich fragt ja sowieso keiner.

16.9. Der Tag der Entscheidungen

Jetzt ist er also da, der grosse Tag. Seit einer Stunde sitze ich hier im Café Fédéral, zufälligerweise FDP-Hochburg, und schaue fern. Ins Bundeshaus komme ich heute erst nach den Bundesratswahlen. Soeben wurde das Resultat des ersten Wahlganges verkündet, alles ist noch offen. Zehn Meter hinter mir wird gerade jemand interviewt. Live auf SF1. Ich komme leider nicht im Fernsehen, die Kamera ist nach hinten gerichtet.

Kurz nach 10 Uhr ist das Rennen entschieden: Didier Burkhalter wird neuer Bundesrat. Er nimmt die Wahl an, und ich begeben mich ins Bundeshaus.

Später habe ich auf der Tribüne Zeit, das Erlebte zu verarbeiten. Da war ja etwas los heute Morgen!! Reporter,



Es herrscht reger Betrieb im Nationalrat.

Parlamentarier, Schaulustige, «Fans», alle wollten sie irgendwie ins Bundeshaus. Die meisten wurden abgewiesen. Auch für den Praktikanten gab es keine Extrawurst.

Jetzt läuft die Sitzung wieder. Der Saal ist voll, es ist ruhig. Viele Nationalrätinnen und Nationalräte sind geschockt. Eben wurde die Atalanta-Mission mit 103 zu 84 Stimmen «bachab geschickt». Niemand hatte damit gerechnet. Jo meint sogar, das sei sein grösster Erfolg als Nationalrat.

Dass viele Ratsmitglieder gar nicht zur Sitzung erscheinen, habe ich ja bereits erwähnt. Mit der Zeit fiel mir aber auf, dass bestimmte Parteien besser vertreten sind als andere. Weil es mich wunderte, welche Partei die höchste Quote aufweist, habe ich es ausgezählt: Es sind die Grünen, mit einer Anwesenheitsquote von 86,4%. Darauf folgen CVP (72,2%), SP (63,6%), SVP (59,6%), FDP und BDP (je 50%). Am Nachmittag sitze ich dann wieder in der Wandelhalle und schaue zu, wie Leute von Fernsehen, Radio und Zeitungen umherrennen, auf verzweifelter Suche nach geeigneten Interviewpartnern. Mich interviewt keiner, obwohl ich so viel zu erzählen hätte.

17.9. Von Vielfältigkeit und schönen Aussichten

Die Bundesratswahlen sind passé,

weiter geht es heute mit der Debatte über die Änderung des Waffengesetzes als Anpassung an Schengen/Dublin. Man muss, das sieht aber eine Partei (dreimal raten, welche) nicht ein. Gerade gibt Jo ein Interview für einen Tessiner Radiosender. Die Frage wird auf Französisch gestellt, Jo antwortet auf Deutsch, und später wird dann noch alles ins Italienische übersetzt. Die Schweiz ist halt schon ein vielfältiges Land.

Drei Meter entfernt von mir steht gerade Urs Schwaller. Ich kann leider kein Gespräch mit ihm beginnen, er ist schon in eines verwickelt. Er macht keinen niedergeschlagenen Eindruck. Vielleicht ist er ja gar nicht so unglücklich darüber, nicht hinter Couchepin aufräumen zu müssen? Mir fällt ausserdem auf, dass es hier nach Rauch riecht. Nein, es brennt nicht, sondern ich sitze nur wenige Meter vom Raucherbalkon entfernt. Hierhin verziehen sich also die Nationalräte während der Sitzung! Bei solch einer schönen Aussicht über die Berner Altstadt macht das Rauchen sicher Spass! (Nur so nebenbei: Diese Aussicht kann man auch auf dem WC geniessen...)

18.9. Der Tag danach

Keine Sitzung mehr heute. Das gibt mir Zeit, die ganze Woche noch einmal Revue passieren zu lassen. Zu ver-

arbeiten, was ich alles gesehen habe.

Ich habe diese Woche einen riesigen Einblick in die Welt der Politik gehabt, oft dem Nationalrat zugeschaut, mit vielen Politikern geredet, den ganzen Bundesratswahl-Rummel live mitbekommen und dabei viel gelernt. Ich verstehe nun, wieso die Damen und Herren Nationalräte während der Sitzung umherlaufen und den Saal verlassen. Ich weiss sogar, wo sie hingehen, wenn sie den Saal verlassen. Für die Schule habe ich übrigens auch noch etwas getan, also fürs Französisch, um genau zu sein: Ich habe erfahren, wie wichtig für die Schweiz das Französisch ist. Das motiviert einen doch zum Lernen!

Bleibt nur noch, Jo zu danken für diese interessante Woche, die Erlebnisse, die Erfahrungen und für seinen Einsatz! ■

Keine Angst vor der Versicherungslobby

Yvonne Gilli, Nationalrätin Grüne, St. Gallen | Bild Y. Gilli

8 **Weder Grüne noch Gewerkschaften bestreiten, dass der Mindestumwandlungssatz regelmässig überprüft und angepasst werden muss. Eine Senkung braucht stichhaltige Begründungen und flankierende Massnahmen.**



Am 7. März 2010 stimmen wir ab über eine erneute Senkung des Mindestumwandlungssatzes. Er soll von aktuell 6.8% auf 6.4% gesenkt werden. Mit dem Umwandlungssatz wird die Höhe der jährlichen Rente berechnet, die sich aus dem gesparten Alterskapital der Pensionskasse ergibt. Neben der Alters- wird auch die IV-Rente nach dem gleichen Umwandlungssatz berechnet. Bei einem Umwandlungssatz von 6.8% und einem Alterskapital von Fr. 100 000.- ergibt sich eine Rente von Fr. 6800.- pro Jahr, bei 6.4% beträgt die jährliche Rente Fr. 6400.- pro Jahr. Der Mindestumwandlungssatz garantiert die minimale Altersrente in der zweiten Säule, da er nicht

unterboten werden darf. Die bürgerliche Mehrheit im Parlament hat im Dezember 2008 der Senkung zugestimmt. Die Gewerkschaften, unterstützt von Grünen und Linken, ergriffen erfolgreich das Referendum und ermöglichten so die Volksabstimmung.

Im Trend: Sozialabbau in Raten

In einer ersten BVG-Revision wurde der Umwandlungssatz 2005 von 7.2% auf 6.8% gesenkt. Der Hauptgrund für die Senkung war die gestiegene Lebenserwartung, welche alle zehn Jahre neu ermittelt wird. Damals wurde die Renten Kürzung gut begründet und abgedeckt durch eine Senkung des obligatorisch versicherten Jahres-

lohnes. Diese Abfederung erlaubte es ungefähr 100'000 ArbeitnehmerInnen im Niedriglohnbereich neu, ihre Altersrente durch Beitritt zu einer Pensionskasse aufzubessern. Bereits ein Jahr später beantragte der Bundesrat eine weitere Senkung auf 6.4%, diesmal ohne flankierende Massnahmen! Dieser erneute Abbau entspricht dem Mainstream bürgerlicher Sozialpolitik: Abbau auf allen Achsen. Die bevorstehenden Revisionen der AHV, der IV und der Unfallversicherung sehen ausschliesslich Abbau und wo möglich auch Privatisierung von Versicherungsleistungen vor.

Die Gewinne den Managern und Aktionären, die Verluste den Versicherten

Die erneute Senkung des Umwandlungssatzes wird begründet mit der weiter steigenden Lebenserwartung und den Kapitalverlusten wegen der Finanzkrise. Beide Begründungen überzeugen nicht. Die Lebenserwartung verändert sich langsam und wird regelmässig alle zehn Jahre überprüft. Die Finanzkrise bescherte den Versicherungen tatsächlich Verluste in Milliardenhöhe. In der Folge sank die Kapitaldeckung einiger Pensionskassen bedrohlich. Kapitaldeckung heisst, die Versicherungen müssen stets genügend Vermögen aufweisen, dass sie ihren Verpflichtungen nachkommen können. Weder der Deckungsbeitrag allein noch die jetzigen Kapitalverluste an der Börse sind aber massgebend für den Zustand einer Versicherung. Wichtig sind die langfristige Rendite und gesetzliche Rahmenbedingungen für den Sicherheitsfonds, die im Fall von Entlassungen oder Liquidationen von Pensionskassen die Verluste für die Versicherten kompensieren können. Es geht nicht an, dass in den guten Anlagejahren 2003 – 2006 Millionen von Franken an Überschüssen an die Aktionäre und Manager der Versicherungen verteilt und bürgerliche Parteien «gesponsert» werden und ab dem ersten schlechten Anlagejahr die

Verluste durch die Versicherten getragen werden müssen.

Massnahmen sind notwendig

Weder Grüne noch Gewerkschaften bestreiten, dass der Mindestumwandlungssatz regelmässig überprüft und angepasst werden muss. Eine Senkung braucht stichhaltige Begründungen und flankierende Massnahmen. Der Druck der Privatversicherer, die sich über Parteienfinanzierung und Mandatsvergaben an PolitikerInnen eine gute Lobby sichern, reicht sicher nicht. Vielmehr muss die langfristige Rendite und die Stabilität der Renten gesichert werden durch mehr Transparenz und Straffung der Organisationsstrukturen und gesetzliche Rahmenbedingungen, die eine risikoarme Kapitalanlage garantieren. Sicherheitsfonds braucht es zur Kompensation von Kapitalverlusten. Sie sind aber konsequent in den Dienst der Versicherten zu stellen. Und wie formuliert es der Gewerkschaftsbund? «In der heutigen Pensionskassenstruktur ist die Altersvorsorge eine schon fast geniale Geldmaschine – aber nicht für die Versicherten und RentnerInnen», sondern für Manager und Aktionäre! ■

Bundesgesetz über die berufliche Alters-, Hinterlassenen und Invalidenvorsorge (BVG)

(Mindestumwandlungssatz) Änderung vom 19. Dezember 2008

I

Das Bundesgesetz vom 25. Juni 1982 über die berufliche Alters-, Hinterlassenen und Invalidenvorsorge wird wie folgt geändert:

Art. 13 Abs. 1

1) Anspruch auf Altersleistungen haben Versicherte, die das Rentenalter nach Artikel 21 Absatz 1 AHVG³ (ordentliches Rentenalter) erreicht haben.

Art. 14 Abs. 2 und 3

2) Der Mindestumwandlungssatz beträgt 6,4 Prozent für das ordentliche Rentenalter von Frau und Mann.

3) Der Bundesrat erstattet der Bundesversammlung alle fünf Jahre Bericht, erstmals 2011. Der Bericht enthält Grundlagen für die Festlegung des Mindestumwandlungssatzes in den folgenden Jahren. Er zeigt zudem auf, ob die berufliche Vorsorge zusammen mit der AHV/IV die Fortsetzung der gewohnten Lebenshaltung in angemessener Weise ermöglicht, und legt andernfalls dar, mit welchen Massnahmen dieses Ziel erreicht werden könnte.

Art. 16 Altersgutschriften

Die Altersgutschriften werden jährlich in Prozenten des koordinierten Lohnes berechnet. Dabei gelten folgende Ansätze:

Altersjahr Ansatz in Prozenten des koordinierten Lohnes

25–34	7
35–44	10
45–54	15
55–ordentliches Rentenalter	18

Art. 24 Abs. 2

2) Die Invalidenrente wird nach dem gleichen Umwandlungssatz berechnet wie die Altersrente im ordentlichen Rentenalter.

II

Übergangsbestimmungen der Änderung vom 19. Dezember 2008

a) Laufende Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenrenten

Für Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenrenten, die im Zeitpunkt des Inkrafttretens dieser Änderung laufen, gilt für den Umwandlungssatz weiterhin das bisherige Recht.

b) Mindestumwandlungssatz

Der Bundesrat legt den Mindestumwandlungssatz fest für die Versicherten derjenigen Jahrgänge, die innerhalb von fünf Jahren nach Inkrafttreten dieser Änderung das ordentliche Rentenalter erreichen. Er senkt ihn dabei ab, bis 6,4 Prozent erreicht sind. Während der erwähnten Zeitperiode kann der Bundesrat für Frauen und Männer unterschiedliche Umwandlungssätze festlegen.

III

1 Dieses Gesetz untersteht dem fakultativen Referendum.

2 Der Bundesrat bestimmt das Inkrafttreten.

Ständerat, 19. Dezember 2008 Nationalrat, 19. Dezember 2008

Globalisierung konkret

Berty Zeiter, Kantonsrätin Alternative Grüne Fraktion, Baar | Foto Berty Zeiter

10

Kürzlich erhielt ich ein Mail mit der Überschrift: **Aus Patagonien. Der Absender war mir völlig unbekannt: «... Ich bin gebürtig aus Neuheim, mein Vater war Ehrenbürger von Baar. Meine Frau und ich sind Doppelbürger Schweiz-Chile. Wir engagieren uns hier in der Bewegung «Patagonien ohne Staudämme». In Chile ist Wasser Privatgut geworden und zu 100 Prozent vermarkbar. Grosse Wirtschaftsgruppen und Holdings haben ganze Flüsse zugesprochen erhalten. Das Resultat: Die Bauern und Landbewohner erhalten kein Wasser mehr oder nur zeitlich eingeschränkt. Kleinbetriebe können von nun an kaum mehr entstehen und sich entwickeln, da sie kein Wasser zur Verfügung haben...»**



Oben: Die vier südamerikanischen Gäste: Yoe Arregoces und Wilman Palmezano, Gemeinschaftsführer aus Dörfern in der unmittelbaren Umgebung der kolumbianischen Kohlenmine, die Xstrata zu einem bedeutenden Teil gehört; sowie die beiden Frauen Beatriz Morice, Umweltschützerin aus Chile (links), und Karmen Ramirez, Wayuu-Indigene aus Kolumbien. Unten: Nicht alle in Zug sind stolz auf die Glencore.

Die Vorgeschichte: Im Oktober weilten vier südamerikanische Frauen und Männer hier. Sie wollten die Geschäftsleitungen von Glencore und Xstrata aufmerksam machen auf die Ungerechtigkeiten, denen ihre Völker ausgeliefert sind im Zusammenhang mit der Durchsetzung geschäftlicher Interessen dieser Multis. Eine der Frauen ist eine Chilenin, die sich

wehrt gegen die Umweltzerstörungen durch Megaprojekte von Xstrata. Diese mächtige, in Zug domizilierte Rohstoffhandelsfirma, hat im Jahre 2006 die Wasserrechte von zwei chilenischen Flüssen erworben. Xstrata plant den Bau mehrerer riesiger Staudämme zur Stromproduktion. Eine Starkstromleitung von 2000 km Länge soll erstellt werden, von Patagonien

bis in den Norden des Landes, wo Xstrata eine Kupfermine besitzt. (Ein Vergleich: Oslo und Rom liegen auch knapp 2000 km voneinander entfernt.) Umweltorganisationen beklagen, dass diese Projekte die Naturschutzgebiete Patagoniens unwiderruflich zerstören. Durch die Abholzung und den Bau der Überlandstromleitung werde die Gefahr enorm erhöht, dass weitere industrielle Firmen in die Naturreservate eindringen und Bodenschätze ausbeuten werden.

Reichtum durch Ausbeutung

Mit einer Manifestation vor den Geschäftssitzen von Glencore und Xstrata machte eine stattliche Gruppe von Leuten zusammen mit den südamerikanischen Botschafterinnen auf diese Probleme aufmerksam, und den Multis wurden Bittbriefe und Dokumentationen überreicht. Als Kantonsrätin habe ich die ausländischen Gäste begleitet und versucht, Brücken zu schlagen und Begegnungen zu ermöglichen.

Im Mail aus Patagonien hiess es weiter: «... Ich habe einen Artikel in unserer bescheidenen Ortszeitung gelesen über die Übergabe der Bittschrift in Zug. Es hat mich besonders gefreut, dass sich Menschen in Europa gegen Umweltsünden engagieren, die im «unterentwickelten» Südamerika geschehen, allerdings häufig ausgeführt durch Weltkonzerne mit Sitz in der Ersten Welt...»

Die Globalisierung schreitet voran. Eine Auswirkung davon ist, dass Menschen in südlichen Ländern ihre Arbeitskraft und oft sogar ihr Leben hergeben müssen, um unseren Reichtum zu vermehren. Wir leben hier in Zug, im reichsten Kanton des reichsten Landes der Welt, und profitieren von ihnen. Doch die soziale Dimension der Globalisierung muss ebenfalls wachsen. Darum setzen wir uns hier in Zug auch für die Menschen auf der südlichen Halbkugel ein, damit ihre Hoffnung auf ein besseres Leben eines Tages auch Wirklichkeit wird. ■

Der Kampf um die Stimmen der Bauern

Grünspecht – ein kritischer Vogel

Die Schweizer Landwirtschaft ist uns allen lieb – und auch teuer. Mehrere Milliarden von Franken werden Jahr für Jahr in die Landwirtschaft gesteckt, mit Subventionen und Direktzahlungen. Und trotzdem sinken die bäuerlichen Einkommen; Familienbetriebe kommen unter Druck. Kein Wunder, gehen die Bauern auf die Strasse und demonstrieren für ihre Existenz. Und die bürgerlichen Parteien, allen voran CVP und SVP, buhlen um die Gunst der landwirtschaftlichen Bevölkerung. Allerdings mit sehr zweifelhaften Mitteln.

Den Anfang machte wie so oft die Schweizerische Volkspartei; sie hatte Ende Sommer die Bauern zu einem «Bauern-Aufstand» ins luzernische Sempach zusammengetrommelt. Im Herbst doppelten die Delegierten an einem Sonderparteitag in Wauwil nach. Zweimal die Gelegenheit, sich wieder als die wahre Bauernpartei zu profilieren. Man fordert etwa locker die staatliche Regulierung der Milchmenge. Ausgerechnet die Partei, die bei jeder Gelegenheit das Hohe Lied des freien Marktes singt, will die Planwirtschaft im Milchmarkt. War ihr «geistiges Oberhaupt» Christoph Blocher wohl deswegen kürzlich in Nordkorea, um sich vor Ort über die Segnungen der Planwirtschaft zu informieren?

Die SVP-Strategie ist durchschaubar – da sorgt sich die Partei grossspurig um die Sicherung des landwirtschaftlichen Bodens. Sie verlangt eine Revision des Raumplanungsgesetzes, «damit der knappe landwirtschaftliche Boden nicht mehr für Renaturierungen geopfert wird» (Neue Luzerner Zeitung vom 1. November). Der Grünspecht kann nur noch sein gefiedertes Haupt schütteln: Wie wenn ein paar Quadratmeter für Renaturierungen die Bauern gefährden würden. Die gleiche SVP, mit ihren Treuhändern und Bankern an der Spitze, votiert in unserem Kanton für möglichst viele neue Strassen und möglichst viele Einzonungen in Baualand. Und ein prominenter Vertreter will an der Grenze Zug-Zürich gar einen grossen Golfplatz realisieren, natürlich auf bestem Landwirtschaftsland. Das sind die wahren Ge-

fahren für die Zukunft der Schweizer Bauern – nicht ein paar renaturierte Bäche oder Böschungen.

Fazit – die SVP kämpft nicht für die Bauern; ihr geht es mit populistischen Schlagworten lediglich um die Stimmen der Bauern.

Geld oder Land

Hauptkontrahentin der SVP im Bauernstreit ist Bundesrätin Doris Leuthard, die sich für ein Agrar-Freihandelsabkommen der Schweiz mit der EU einsetzt. Kein Wunder, dass sich vor allem die CVP herausfordert fühlt. Sie ist in der Defensive – schliesslich haben die Bauern in der katholischen Innerschweiz während Jahrzehnten immer christlich gewählt. Ein Highlight in Sachen «Wir sind die wahre Bauernpartei» hat der Chamer Kantonsrat Thomas Rickenbacher abgeliefert. In einer Kolumne (Neue Zuger Zeitung vom 17. Oktober) belegt er die Bauernfreundlichkeit der CVP überwiegend mit der Motion «Entschädigung für landwirtschaftlichen Boden bei freihändigem Kauf für Infrastrukturvorhaben». Worum geht es – die Bauern sollen mehr Geld für ihr Land erhalten, wenn der Verkauf für Infrastrukturvorhaben seitens des Staates getätigt wird. Konkret geht es um neue Strassen, die bekanntlich in unserem Kanton meist wertvolles Kulturland beanspruchen.

Da verweist der Grünspecht auf die Baarer Bauern und ihren – leider erfolglosen – Kampf gegen die Tangente Baar-Zug. Sie wollen nicht möglichst viel Geld, sie wollen ihre landwirtschaftlichen Flächen verteidigen.



11

Weil die Liebe zum Beruf und zur Scholle nie mit Geld abgegolten werden kann.

Fazit – die CVP kämpft verzweifelt mit Geld um die Stimmen der Bauern; sie darf aber nicht so populistisch sein und schon gar nicht die eigene Bundesrätin kritisieren.

Qualität und Ökologie

Der Ausweg aus der Krise und die wahre Perspektive für die Schweizer Bauern sind klar: Nur mit ökologisch hergestellten Produkten, mit qualitativ guten Produkten lassen sich die Schweizer Konsumentinnen und Konsumenten (und auch die Konsumentinnen und Konsumenten im Ausland) überzeugen. Dafür sind sie auch bereit, einen höheren Preis zu bezahlen, damit die Bauernfamilien eine langfristige Zukunft haben. Es braucht eine nachhaltige Landwirtschaft, die möglichst umweltgerecht und naturnah produziert sowie unnötigen Verkehr vermeidet.

Fazit – der Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen ist die Basis für gesunde Bauernfamilien. Die Grünen setzen sich konsequent dafür ein. Immer mehr Bauern legen deswegen bei Wahlen «grün» ein. Weil letztlich Qualität – und nicht Populismus oder Geld – zählt. ■

Bausteine einer nachhaltigen Mobilität

Redaktion BULLETIN* | Bilder Klaus Zweibrücken, Internet

12

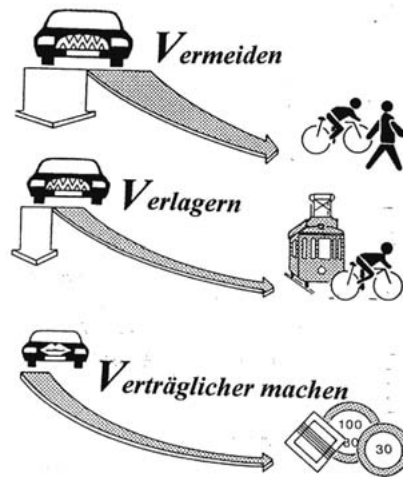
Die Verfasser des Schlussberichts über das nationale Forschungsprogramm «Verkehr und Umwelt» hielten 2001 fest, dass «das gegenwärtige Verkehrssystem nicht umweltverträglich und deshalb auch nicht nachhaltig ist, weil die dadurch verursachten Belastungen weit über dem Niveau liegen, welches Mensch und Umwelt langfristig verkraften können». Sie machten auch klar, dass die festgestellten Probleme sich nicht von alleine lösen, sondern sich vielmehr weiter verschärfen würden.

Auch im übrigen Europa und an vielen anderen Orten auf der Welt kam man zu den gleichen Schlussfolgerungen. Im Grünbuch der Kommission der Europäischen Gemeinschaften zum Beispiel ist von der Notwendigkeit einer «neuen Kultur der Mobilität» die Rede, von «grüneren» Städten, von intelligentem und zugänglichem Nahverkehr und von mehr nichtmotorisierter Mobilität.

Die Umgestaltung zur nachhaltigen Mobilität soll mit Blick auf das Ziel der so genannten 2000-Watt-Gesellschaft geschehen: Um den globalen Energiebedarf nicht weiter zu steigern, muss der Energieverbrauch pro Person gegenüber heute auf einen Drittel, also auf eine kontinuierliche Leistung von 2000 Watt gesenkt werden.

«Es ist höchste Zeit, dass wir nicht nur von den Zielen der 2000-Watt-Gesellschaft sprechen, sondern auch vom Weg, wie wir zu diesen Zielen gelangen. Der Effizienzpfad weist uns den Weg» (Michael Kaufmann, Vize-Direktor des Bundesamts für Energie BFE). Einfache und pauschale Patentrezepte gibt es dabei nicht. Das gilt auch für die Mobilität. Die heutige Mobilität mit ihren Ausprägungen ist das Resultat aus der komplexen Interaktion einer Vielzahl von Faktoren, welche nur durch ein Paket von abgestimmten Massnahmen in Richtung Nachhaltigkeit beeinflusst werden können. Erfolgreiche Mobilitätsstrategien können also nur aus der ganzheitlichen Betrachtung des Mobilitätsphänomens entstehen.

Mobilitätsstrategien als Grundlage
Konkrete, wirksame Massnahmen müssen auf Mobilitätsstrategien auf-



Grundsätze einer nachhaltigen Mobilität

bauen. Die Strategie einer nachhaltigen Mobilität besteht aus den Grundsätzen «vermeiden», «verlagern» und «verträglich gestalten». Das Vermeiden von Verkehr ist der bei weitem wichtigste Grundsatz. Er baut auf Massnahmen in der Raumplanung und mittels Nachfrage dämpfenden Massnahmen. Verlagern bedeutet, den Anteil von umweltfreundlichen Verkehrsformen wie Fuss-, Velo- und öffentlicher Verkehr relativ zum motorisierten Individualverkehr zu erhöhen. Die verträgliche Gestaltung des Verkehrs erfolgt schliesslich durch Dosierung des verbleibenden motorisierten Individualverkehrs in den Zentren und dessen Lenkung auf weniger belastenden Strecken. Ausführliche Mobilitätsstrategien existieren für die Region Bern (www.bernverkehr.ch) und für die Stadt Zü-

rich (google: «mobilitätsstrategie zürich»). Für Zug existieren keine ausformulierten Mobilitätsstrategien.

Siedlung und Verkehr abstimmen
Umfang und Qualität des Verkehrs werden substantiell und langfristig durch die Siedlungsstruktur geprägt. Die Raumplanung ist also ein entscheidendes Instrument zur Beeinflussung von Entwicklungen im Verkehr. Eine Raumplanung in Übereinstimmung mit einer nachhaltigen Mobilitätsstrategie fördert die Siedlungsverdichtung in gut mit dem öffentlichen Verkehr erschliessbaren Orten, damit immer mehr Menschen in Fussgängerdistanz zu öV-Haltestellen wohnen und arbeiten können. Sie sorgt für gemischte Nutzungen, so dass möglichst viele Bewegungen mit dem Langsamverkehr stattfinden können, das heisst zu Fuss oder mit dem Velo. Siedlungen werden demnach kompakt und mit kurzen Wegen geplant, und publikumsintensive Einrichtungen wie Einkaufs- und Freizeitzentren werden primär mit dem öffentlichen Verkehr erschlossen. Alle diese Ansätze führen gemeinsam zur dauerhaften Verkehrsvermeidung.

Angebots- statt Nachfrageplanung
Die Verlagerung des Verkehrs wird durch gezielte Dosierung der Kapazitäten zugunsten von öffentlichem Verkehr und Langsamverkehr gefördert, statt die Nachfrage der verschiedenen Verkehrsarten undifferenziert oder sogar zum Vorteil des motorisierten Verkehrs zu berücksichtigen. Das kann durch eine Aufteilung der Verkehrsräume erfolgen, zum Beispiel mittels baulicher Massnahmen wie Velowege und Verkehrsverlangsamung durch Strassenraumgestaltung. Die Verbesserung der Position des öffentlichen Verkehrs kann ebenfalls mittels Bauten erfolgen, welche nicht nur dessen Zugänglichkeit und Leistung verbessern, zum Beispiel mittels reservierter Fahrspuren, son-



Fussgängerfreundlich: «Diagonal Crosswalk»

dem auch dessen Präsenz im Stadtbild positiv hervorheben. Auch die Verkehrsregelung ist ein wirksames Instrument. In den Niederlanden erhalten VelofahrerInnen an Kreuzungen eigene Grünphasen, welche – bei stehendem Autoverkehr – die gleichzeitige Überquerung der Kreuzung in allen Richtungen erlauben. Anderswo wurde Ähnliches für FussgängerInnen realisiert. Die Attraktivität von Autofahrten kann zudem durch Parkraumbewirtschaftung beeinflusst werden, da bekanntlich jede Autofahrt auf einem Parkplatz beginnen und enden muss. Je nachdem, wie Parkplätze bewirtschaftet werden, kann die Anzahl der damit zusammenhängenden Autofahrten um mehr als das Zwanzigfache variieren.

Mobilitätsmanagement initiieren

Auch Mobilitätsmanagement kann dazu beitragen, motorisierten Verkehr zu vermeiden. Mobilitätsmanagement ist nicht mit Verkehrsmanagement zu verwechseln, dessen Ziel ist, den bestehenden Verkehr zu bewältigen. Das Mobilitätsmanagement zielt auf Bewusstsein und Mobilitätsverhalten der Verkehrsteilnehmenden, sorgt für Gestaltung und Angebot von Beratung und von Dienstleistungen wie zum Beispiel Car-Sharing und Veloverleihsysteme (Beispiel für Mobilitätsberatung: www.spur-wechsel.ch; Beispiel eines ausgeklügelten Veloverleihs: www.velov.grandlyon.com). Dies al-

les mit dem Ziel, die Verkehrsmittelwahl zugunsten von Langsamverkehr und öffentlichem Verkehr zu beeinflussen. Massnahmen des Mobilitätsmanagements sind besonders wirksam in Betrieben, in der Verwaltung (Beispiele sind unter www.energiestadt.ch zu finden) und bei grossen Publikumseinrichtungen. Im Einkaufszentrum Sihlcity in Zürich stehen gekühlte Schliessfächer zur Zwischenaufbewahrung des Einkaufs, und ein Velo-Hauslieferdienst vereinfacht das Anreisen mit dem Langsam- oder mit dem öffentlichen Verkehr. Ein umfangreiches Beispiel stammt aus den Niederlanden, welche im Mobilitätsmanagement fast zwanzig Jahre Erfahrung besitzen. Dort setzen Arbeitgeber und Staat auf ein Bündel von Massnahmen. Darunter befinden sich finanzielle Anreize für ArbeitnehmerInnen und Firmen durch Steuererleichterungen und Zuschüsse im Bereich Fahrgemeinschaften, Velonutzung und öffentlicher Verkehr sowie der Aufbau von Beratungszentren zur Unterstützung der Unternehmen bei der Aufstellung von Mobilitätskonzepten. Ein Ergebnis ist, dass die Hälfte der Arbeitgeber im Ballungsraum Randstad ihren Beschäftigten Heimarbeit ermöglicht. Vor fünf Jahren war es noch ein Viertel.

«Mobility Pricing»

Strassenbenützungsgebühren dienen meist zur Finanzierung der Verkehrsinfrastruktur, können aber auch als

Mittel zur Lenkung der Nachfrage in besonders belasteten Gebieten dienen (zum Beispiel in Stadtzentren wie London, Oslo, Singapur usw.). Die kürzlich durch das Umwelt-, Verkehrs- und Kommunikationsdepartement des Bundes lancierte Idee des «Mobility Pricing» soll in erster Linie die zukünftige Finanzierung der Verkehrsinfrastruktur sicherstellen. Obwohl das angestrebte Modell «kostendeckend, verursachergerecht und verkehrslenkend» sein soll, steht das Ziel einer nachhaltigen Mobilität aber nicht im Vordergrund. In den Niederlanden plant die Regierung, die Motorfahrzeugsteuern in Abhängigkeit der effektiven Kilometerleistung zu erheben. Dies nicht mit dem Ziel, zusätzliche Einnahmen zu generieren, sondern die motorisierte Mobilität zu reduzieren.

**Dieser Beitrag basiert auf dem Referat von Klaus Zweibrücken an einer öffentlichen Veranstaltung der Alternative Stadt Zug vom 4. November 2009. Zweibrücken ist Professor an der Hochschule in Rapperswil. ■*



Basistunnel oder «Zimmerberg light»?

Regierungsrat Matthias Michel und Kantonsrat Martin Stuber im Gespräch.
Moderation: Philippe Koch | Bilder Paula Gisler

14

In der letzten Ausgabe des BULLETINS hat Gerhard Schmid in der Diskussion um die durchgehende Doppelspur zwischen Zug und Zürich für einen Bahnausbau mit Augenmass und damit für die Variante «Zimmerberg light» plädiert. Dieser Artikel ist der Ausgangspunkt für das Streitgespräch zwischen Regierungsrat Matthias Michel und Martin Stuber. Darin diskutieren sie einerseits über die Bedeutung und die Varianten der durchgehenden Doppelspur und andererseits über mögliche Strategien des Kantons Zug, um erfolgreich auf den weiteren Entscheidungsprozess auf Bundesebene einzuwirken.

BULLETIN: Die Diskussion über den Ausbau der Strecke Zürich-Zug-Luzern und damit über den Ausbau oder Neubau des Zimmerbergtunnels ist alles andere als neu. Welche Bedeutung hat dieses Infrastrukturprojekt für den Kanton Zug heute und in der Zukunft?

Michel: Der Handlungsbedarf ist seit längerem eindeutig ausgewiesen. Der Pendlerstrom zwischen Zug und Zürich kann mit der gegebenen Infrastruktur und den bestehenden betrieblichen Kapazitäten kaum mehr bewältigt werden. Will der Kanton Zug auch in Zukunft ein attraktiver Lebens- und Wirtschaftsraum sein, reichen attraktive Steuern nicht aus. Faktoren wie etwa das Bildungsangebot, die Lebensqualität und auch die Erreichbarkeit werden zunehmend wichtiger. Der Ausbau der öV-Infrastruktur ist in diesem Zusammenhang zu sehen. Zudem ist es mit Blick auf die Klimaveränderungen eine schlichte Notwendigkeit, dass wir den öV ausbauen und fördern.

Stuber: Zwischen Zürich-Zug-Luzern braucht es endlich eine durchgehende Doppelspur – Punkt! Möglichst schnell, und sicher nicht erst 2030. Es ist unsäglich – zig Milliarden an Steuergeldern werden für die Rettung einer einzigen Bank ausgegeben, aber für den so zentralen Infrastrukturausbau der Schiene muss um jeden Franken gefeilscht werden. Und dann darf nicht vergessen werden: Trotz der ökologischen Rhetorik auf allen politischen Ebenen ist es immer noch so, dass in Strassen weiterhin mehr Geld investiert wird als in den öV. In der

Zentralschweiz sind aktuell für mindestens 8.2 Milliarden Franken Strassenprojekte geplant oder bereits im Bau. Die gesamten Vorhaben im öV für die Zentralschweiz sehen hingegen «nur» 5 Milliarden vor.

BULLETIN: Der stete Ausbau der Verkehrsinfrastruktur – sowohl öV als auch MIV – trägt zur Zersiedelung der Schweiz und damit zum steigenden Energieverbrauch bei. Ist die Politik nicht erst dann nachhaltig, wenn sie versucht, die zurückgelegten Wege zu verkürzen und deren Anzahl zu verringern?

Michel: Inwiefern ein Ausbau der Infrastruktur tatsächlich zur Zersiedelung führt und welche Regionen speziell davon betroffen sind, ist nicht eindeutig klar und von zahlreichen Faktoren abhängig. Aber natürlich sollten die Verkehrspolitik und die Raumplanung aufeinander abgestimmt werden. Dies wird jedoch durch die föderalistische Kompetenzverteilung zwischen Bund und Kantone erschwert. Aber auch wenn die Planung in einer Hand liegen würde, könnte die Entwicklung nicht abschliessend von der Politik gesteuert und geplant werden.

Stuber: Die Prioritäten zwischen Schiene und Strasse versuchte der Bund bis anhin mit dem Ausbau beider Verkehrsträger zu lösen – mit einer Bevorzugung der Strasse. Doch – und da müssen wir realistisch sein – diese Politik können wir uns in Zukunft nicht mehr leisten. Wir müssen auf dasjenige Verkehrsmittel setzen, das ökologisch und ökonomisch

am effizientesten ist – und das ist unbestritten der schienengebundene öV. Sicherlich hat die hohe Verfügbarkeit von individuellen Verkehrsmitteln in Kombination mit einer falschen Einzonungspolitik den entscheidenden Beitrag zur Zersiedelung geleistet. Neben raumplanerischen Überlegungen müssen wir aber den Blick auf das Mengengerüst des Verkehrs richten: 60 Prozent des Personenverkehrs wird vom Auto und nur 16 Prozent von der Schiene getragen. Angesichts von Klimawandel und Peakoil müssen wir in den nächsten 20 bis 25 Jahren dieses Verhältnis radikal verschieben. Dazu muss einerseits sicher die Gesamtmobilität abnehmen. Aber andererseits müssen die Schienen einen viel grösseren Anteil der Mobilität übernehmen. Ohne den massiven Ausbau der Schieneninfrastruktur ist dieses Ziel realistischlicherweise nicht zu erreichen.

Michel: Man kann das eine, nämlich die Umlagerung von der Strasse auf die Schiene, nicht ohne das andere, nämlich den Bau von Verkehrsinfrastrukturen und damit eine Steigerung der Gesamtmobilität haben. Wenn beispielsweise die Reisezeit einer Zugverbindung um 10 Prozent reduziert wird, hat dies eine Nachfragesteigerung auf der Strecke von 5 Prozent zur Folge. Aber nur etwa ein Drittel dieser Steigerung geht auf die Umlagerung vom Auto auf die Schiene zurück. Die restlichen zwei Drittel machen Verschiebungen innerhalb des öV und die Zunahme an Mobilität aus.

Stuber: Die Reisezeit ist aber nur ein Element der gesamten Transportkette. Der Zimmerberg-Basistunnel II bringt einen Zeitgewinn von zirka 6 Minuten auf der Strecke Thalwil-Zug. Der Preis für diese Beschleunigung ist aber unter anderem, dass der Bahnhof Baar weniger angefahren wird. Man muss sich bei beiden Zimmerberg-Varianten die Frage stellen, wem der Ausbau nützt und von wem das Angebot schliesslich genutzt wird. Mit der Va-



riante «Zimmerberg light» – so wie sie im letzten BULLETIN vorgestellt wurde – könnte man mehrere Ziele in kürzerer Zeit und zu den halben Kosten erreichen.

Michel: Deine Kostenthese ist zu gewagt; sie stimmt gemäss unseren Angaben nicht. Es trifft auch nicht zu, dass Baar nicht mehr angefahren würde: Im Gegenteil wird die Stadt Baar die grosse Gewinnerin eines neuen Basistunnels sein, indem vom markant grösseren Angebot auch viele Züge dort halten werden. Und von Baar nach Zürich wird der Zeitgewinn übrigens 11 Minuten sein, da wir neue Nonstop-Verbindungen haben.

Stuber: Die Kosten sind nicht bekannt, das stimmt. Übrigens auch nicht beim Basistunnel. Darum möchte ich auch keine konkreten Zahlen in die Welt setzen. Jedoch ist die zu bauende Tunnellänge bei der Variante «light» halb so lange wie beim Basistunnel II – es ist deshalb von einer Halbierung der Kosten auszugehen. Wie du auf die 11 Minuten kommst, weiss ich nicht – in der KR-Vorlage auf Seite 8 ist die Rede von 16 Minuten zwischen Zürich und Zug – ohne Halt in Baar! Das sind 8 Minuten gegenüber heute.

Michel: Nur eine Kombination von Kapazität- und Reisezeitverbesserungen verspricht Erfolg für den öV. Darum steht der Ausbau des Zimmer-

bergs auch in direkter Beziehung zum Tiefbahnhof in Luzern. Diese beiden Projekte sind eng miteinander verknüpft – darum auch die gemeinsame Position der Zentralschweiz.

Stuber: Gleichwohl sollte zuerst die Frage behandelt werden, wie viel Kapazität die betroffenen Bahnhöfe überhaupt haben. Zürich ist jetzt schon verkehrstechnisch ein Wasserkopf. Der Basistunnel II hat von Zug her im Unterschied zur Variante «light» keinen Anschluss an Thalwil, an die See- linie und auf die Durchmesserlinie zum Flughafen. D.h. alle Züge gingen direkt nach Zürich in den Sackbahnhof. Der Vorteil der Variante «light» ist, dass die Züge das linke Zürichseeufer bedienen und dass in Thalwil umgestiegen werden kann.

Michel: Aber man muss berücksichtigen, dass bei dieser Variante die Finanzierung durch den Bund sehr unsicher ist. Die Unterstützung des Bundes für die ZEB-Projekte ist auf den Fernverkehr beschränkt. Ein Ausbau der Verbindung Zug-Baar-Thalwil-Zürich/Flughafen betrifft eher den Regionalverkehr und käme damit nicht auf die Bahn-2030-Liste.

Stuber: Das ist Spekulation. Umso wichtiger ist, dass beide Varianten vertieft und gleichberechtigt geprüft werden. Das BAV scheint mir zu wenig unabhängig von den SBB zu sein, um objektiv zu evaluieren. Die ETH wäre geeigneter.

Michel: Das Problem ist doch, dass bereits zu viele Varianten und Möglichkeiten im Gespräch waren und weiterhin sind. Dies erschwert nicht nur die Diskussion in Zug, sondern auch die Verhandlungen mit den Bundesbehörden. Was wir brauchen, sind Allianzen, damit der Zimmerberg – welche Variante auch immer – ins Programm der Bahn 2030 kommt.

BULLETIN: Und damit kommen wir zum Thema Strategien. Welchen Einfluss hat der Beschluss des Kantonsrats vom 25. Oktober zur Vorfinanzierung von Infrastrukturvorhaben auf die Entscheidung des Bundes?

Stuber: Die erste Frage ist: Kommen wir auf die Liste der Bahn-2030-Projekte? Die Chancen hierfür stehen dank des Kantonsratsbeschlusses nicht schlecht. Aber die viel wichtigere Frage ist doch, wann wird, falls der Zimmerberg auf der Liste ist, gebaut? Der Beschluss hat vor allem in diesem Punkt seine Bedeutung. Denn sobald der Zimmerberg auf der Liste ist, könnte man mit dem Bau der wesentlich preisgünstigeren Variante «light» beginnen.

Michel: Gut ist, dass der Kantonsrat den Beschluss variantenoffen verabschiedet hat. Er ist sicher ein wichtiges und richtiges Zeichen Richtung Bern. Und bis anhin zeigen die Äusserungen aus Bern auch, dass wir in einer guten Position sind. Doch die

Mitwirkungsdemokratie der Schweiz birgt immer wieder Überraschungen. Oftmals gewinnt nicht das sachlich beste sondern das politisch opportuniste Projekt. Entscheidend wird daher sein, dass der Kanton Zug Allianzen schmiedet.

BULLETIN: Gerade in diesem Hinblick ist doch die Zusammenarbeit innerhalb des Metropolitanraums Zürich aber auch der Zentralschweiz wichtig. Welche Entwicklungen zeichnen sich dort ab?

Michel: Wir erwarten beim nächsten Treffen der Metropolitankonferenz Zürich erste Resultate. Auf dieser Ebene muss jedoch zuerst der grundsätzliche Handlungsbedarf eruiert werden. Zuerst geht es also darum, gemeinsam zu definieren, welches Angebot man haben möchte. Erst in einem zweiten Schritt, wenn man sich also auf ein gemeinsames Angebot einigen konnte, kann man die dazu nötige Infrastruktur und mögliche Varianten ausscheiden.

Stuber: Gerade in diesem Zusammenhang wäre eine Kosten-Nutzen-Evaluation der beiden Varianten sinnvoll. Dies wäre dann auch für den Bund entscheidungsrelevant. Ob die Metropolitankonferenz Zürich eine passende Trägerschaft für diese Kosten-Nutzen-Analyse ist?

Michel: Das Thema der Verkehrsinfrastruktur verdeutlicht die Schwierigkeiten des Föderalismus. Weil ich für diesen einstehe, ist eben die interkantonale Zusammenarbeit wie gerade im Metropolitanraum Zürich so wichtig. Damit kann der Entscheidungsprozess, der auf unterschiedlichen politischen Ebenen stattfindet, gebündelt werden. Wegen der Komplexität dieses Prozesses scheint mir wichtig zu sein, dass der Kanton Zug geint auftritt. ■

ZEB

Mit dem Gesetz zur «zukünftigen Entwicklung der Bahninfrastruktur» (ZEB) wurde die vom Parlament geforderte Gesamtschau über die FinöV-Projekte präsentiert und beschlossen. Die ZEB ist somit ein Modul der Gesamtschau FinöV. Sie zielt auf eine Verbesserung der Bahninfrastruktur im Bereich des Personenfern- und Güterverkehrs. Im März 2009 hat das Parlament eine erste Etappe mit 28 Massnahmen verabschiedet. Im nächsten Jahr muss der Bundesrat der Bundesversammlung eine Vorlage über die weitere Angebotsentwicklung unterbreiten (Bahn 2030). Dabei soll auch der Ausbau der Strecke Zürich-Luzern mit dem Zimmerberg-Basistunnel II geprüft werden.



«öV-Initiative» des VCS

Der VCS und seine Partner (u.a. auch die Grüne Partei) wollen mit der «öV-Initiative» von den zweckgebundenen Mineralölsteuern die Hälfte für «die Förderung des schienen- und strassengebundenen öffentlichen Personenverkehrs und für die Verlagerung des Güterverkehrs von der Strasse auf die Schiene» einsetzen. Die Initiative zeigt einen Ausweg aus den enormen Finanzierungsproblemen für die ZEB- und Bahn-2030-Projekte. Sie würde zudem ausreichend Mittel für den Ausbau des öffentlichen Agglomerationsverkehrs bereitstellen und auch die Verlagerung des alpenquerenden Güterverkehrs vorbringen. Innert acht Monaten (Stand 31. Oktober 2009) wurden 150'000 Unterschriften gesammelt.

Ab in die Sackgasse

Martin Stuber, Kantonsrat Alternative Grüne Fraktion, Zug

Eine bittere Niederlage für alle VerfechterInnen einer zukunftsorientierten Verkehrspolitik setzte es am Abstimmungswochenende vom 29.11.2009 ab. Wir dokumentieren die Medienmitteilung der Alternative – die Grünen Kanton Zug und das Resultat pro Gemeinde.

Ja zur Tangente – Zug verpasst die Chance zum dringend nötigen Richtungswechsel in der Zuger Verkehrspolitik

«Die Alternative – die Grünen Kanton Zug ist enttäuscht über das Ja des Zuger Souverän zur Tangente Zug-Baar. Offensichtlich hat die Strategie der Befürworter bei einer Mehrheit der StimmbürgerInnen verfangen, mit einem bei einer kantonalen Abstimmung noch nie dagewesenen

Propaganda-Aufwand, diese Strasse als «grünes» Projekt zu verkaufen, das unsere Verkehrsprobleme löse. Der Zuger Souverän hat es verpasst, den angesichts von Klimawandel und Peakoil immer dringlicher werdenden Richtungswechsel in der Zuger Verkehrspolitik vorzunehmen. Zug ergibt sich dem Strassenverkehr und wird einen hohen Preis bezüglich Lebensqualität zahlen, wenn es nicht doch noch zu einer Korrektur kommt. Für diesen Richtungswechsel

sel werden die Alternativen auch nach dem heutigen enttäuschenden Abstimmungssonntag weiter kämpfen.

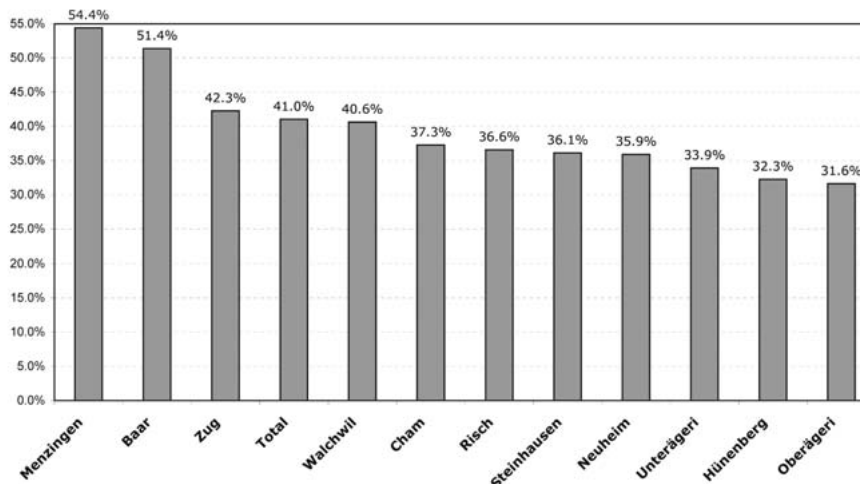
Immerhin zeigt das Nein in Baar (die Gemeinde mit der höchsten Stimmbeteiligung) und in Menzingen (eine Berggemeinde!), dass der in den letzten Wochen geschürte Strassen-Enthusiasmus engere Grenzen hat, als von der Strassenbaulobby gewünscht. Dies auch angesichts der Tatsache, dass in diesen beiden Gemeinden der Informationsstand über das konkrete Projekt sehr hoch ist. Überrascht sind wir über die recht deutliche Zustimmung in der Stadt Zug. Es gibt Indizien, dass die Angst vor einer negativen Auswirkung auf den Stadttunnel das Ja zur Tangente gefördert hat. Wir werden die Befürworter beim Wort nehmen, wenn es um die angeblichen Vorteile für den öffentlichen Verkehr dank Tangente gehen wird! Angesichts der Zeitachse (Fertigstellung Tangente 2020) nehmen wir das deutliche Nein in Menzingen als Verpflichtung, Lösungen für einen besseren ÖV für die Berggemeinden JETZT zu suchen.

Staatspolitisch bedenklich ist die hyperaktive Rolle des Baudirektors bei der Befürworter-Kampagne und auch die gewählten Mittel des Pro-Komitees, die bis zur Verunglimpfung der Gegnerschaft reichte. Die schier unerschöpflich scheinenden finanziellen Mittel des Pro-Komitees sorgten für einen ungleichen Abstimmungskampf.

Wir danken dem Komitee Grüne Lunge Zug-Baar für seine starken Kampagne. Diese war nur möglich dank einer sehr guten und solidarischen Zusammenarbeit aller politischen Kräfte im Komitee. Umso bedauerlicher, dass es nicht gereicht hat. Ebenfalls danken wir den Bauern für ihren Einsatz für die Natur und unsere Lebensgrundlagen. ■

17

Anteil Nein-Stimmen Tangente Zug-Baar



Die AutofahrerInnen im Ennetsee wollen nicht mehr durch Baar oder Zug Richtung Berg fahren. Diejenigen im Ägerital wollen direkt auf die Autobahn und in der Stadt Zug dürfte die (ungerechtfertigte) Drohung, dass der Stadttunnel nur mit Tangente funktioniere, die Bedenken über den geringen Entlastungsnutzen in den Hintergrund geschoben haben. Die hohe Stimmbeteiligung ist v.a. auf die Anti-Minarett-Initiative zurückzuführen – diese Klientel ist wohl eher autofreundlich. Der in den letzten Jahren massiv gewachsene Motorisierungsgrad wirkt auch. Wie weit die Veränderung der sozialen Zusammensetzung im Kanton mit dem starken Wachstum von Haushalten mit mehr als einem Auto eine Rolle spielte, lässt sich nur erahnen. Das Resultat in Hünenberg und in Zug könnte ein Hinweis dafür sein.

Demokratisches Recht wird mit Füßen getreten

Anna Lustenberger, Kantonsrätin Alternative Grüne Fraktion, Kanton Zug
Bild Internet

18

Listenverbindungen sollen nach dem Willen von CVP und FDP in unserm Kanton verboten werden. Dies auf Grund einer Motion der beiden Parteien, die nach den Nationalratswahlen eingereicht wurde, obwohl das total revidierte Wahlgesetz vom Herbst 2006 noch nie zur Anwendung kam. CVP und FDP verkauften dies unter dem Begriff «wählerfreundlich», weil sie befürchten, dass Zugerinnen und Zuger mit mehreren Listen überfordert wären. Ein Affront gegenüber unserer Bevölkerung, denn in vielen Kantonen sind Listenverbindungen kein Problem für die Wählenden.

Im Herbst 2006 hatte sich der Kantonsrat vom Listenproporz verabschiedet und dem Nationalratsproporz zugestimmt. Man wollte damit bei allen Proporz-Wahlen das gleiche System anwenden. Der Nationalratsproporz sieht die Möglichkeit von Listenverbindungen vor. Davon haben im Kanton Zug bei den letzten Nationalratswahlen sämtliche Parteien Gebrauch gemacht. Es verbinden sich Parteien mit ähnlichen Zielen und Werten. Damit wird sichergestellt, dass möglichst alle Wählenden mit ihrer Stimmabgabe einen wirklichen Einfluss auf das Resultat haben. Mit dem Verbot von Listenverbindungen würde Zug wieder eine Sonderregelung schaffen. Ein Listenverbindungsverbot benachteiligt kleine Parteien und neue Gruppierungen. Gerade diese bringen oft frische Gedanken in die politische Diskussion ein. Das Listenverbindungsverbot widerspricht zudem dem liberalen und offenen Geist im Kanton Zug, mit dem sich auch Bürgerliche brüsten. Die Minderheitsvertretung als Prinzip ist sogar in der Kantonsverfassung verankert.

Ungleich grosse Wahlkreise

Listenverbindungen sind im Kanton Zug nur ein Puzzlestein, um den unfairen Auswirkungen der ungleich grossen Wahlkreise entgegenzutreten. Während in der Stadt Zug (18 Sitze im Kantonsrat) eine Partei nur 5,3 Prozent Wähleranteil für ein Mandat braucht, sind z.B. in Oberägeri (4 Sitze) schon 20,1 Prozent Wähleranteil nötig. Der Wählerwille wird verfälscht; Stimmen für kleinere Parteien in kleinen Wahlkreisen ohne Mandat

sind «für die Katze». Das ist undemokratisch. Mit dem Verbot von Listenverbindungen wird diese Problematik noch verschärft.

Die Rechtsgleichheit ist ein zentrales Prinzip unseres Rechtsstaates. Das bedeutet, jede Person, die an einer Wahl teilnimmt, soll damit das Resultat beeinflussen können. Im Kanton Aargau und in der Stadt Zürich hat das Bundesgericht Beschwerden gutgeheissen, die ebenfalls das Wahlgesetz angefochten hatten. Das hat auch die Alternative die Grünen und die SP bewogen, unabhängig vom Ausgang der Abstimmung vom 7. März, Beschwerden gegen das unfaire Wahlsystem in unserem Kanton vorzubereiten.

Doppelter Pukelsheim

Dieses Zählverfahren haben nach Gerichtsentscheiden bereits die Kan-

tone Aargau, Zürich und Schaffhausen eingeführt – in anderen Kantonen ist diese Methode im Gespräch. Nur dieses Verfahren garantiert, dass alle Parteien im kantonalen Parlament gemäss ihrer Stärke vertreten sind und dass alle Wählenden gleichwertig behandelt werden. Alternative die Grünen und SP haben einen entsprechenden Vorstoss eingereicht, denn einzig die gleichzeitige Einführung des «Doppelten Pukelsheim» würde ein Listenverbindungsverbot im Kanton Zug rechtfertigen. Doch die drei grossen bürgerlichen Parteien haben kein Gehör – sie wollen keine gleichen Wahlchancen für alle. Sie wollen ihre Machtposition mit Tricks über die Runden retten. Das Verbot von Listenverbindungen ist nichts anderes als eine Zwängelei. Die bürgerliche Politelite findet selber keine stichhaltigen Gründe für dieses Verbot.

Das Volk ist sehr sensibel, wenn es um einen Abbau der demokratischen Rechte geht. Das habe ich beim Unterschriftensammeln oft gespürt. Wir können dieses Referendum gewinnen. Machen wir uns stark für ein Nein bei der Aufhebung von Listenverbindungen. ■

Listenverbindungen können ein Brückenschlag sein, um die unfairen Auswirkungen der ungleich grossen Wahlkreise zu überwinden.



Von Bildern und Bänden

Patrick Cotti, Regierungsrat Alternative Grüne Kanton Zug | Bild Internet

Die Abstimmung über die Minarett-Initiative hat es uns wieder klar vor Augen geführt: Stimmungsmache mit Bildern jeglicher Art ist dann erfolgreich, wenn damit ein Volksanliegen berührt wird. Es ging dabei – und alle wussten es – nicht um die Minarett, sondern darum, dass extremistische Positionen von uns fremden Religionen nicht geduldet werden wollen. Dass mit diesem Entscheid das Kind mit dem Bade ausgeschüttet wurde, stört die Mehrheit der Schweizer Bevölkerung offensichtlich nicht. Irgendwie wird es schon weitergehen ...



Wir Grünen können und müssen (!) von dieser Art zu politisieren lernen. Vor allem müssen wir Themen ungeeignet in die Welt setzen, zumal wir von einem anderen Hintergrund her politisieren: Wir unterstützen vorab solidarische, rechtsstaatliche Grundanliegen. Aber wir müssen diese mit klaren Bildern verständlicher vertreten!

Nachdem rechtsbürgerliche Kreise die Ausländer-Politik thematisch über Jahre hin besetzt haben, hat nun die HarmoS-Gegnerschaft ein politisch unbeachtetes Feld gewittert. Die im Volk latent negativ beladenen Bildungsfragen werden vermehrt im Visier sein. Dieses Feld lässt sich auch wirkungsvoll mit volksverbundenen Vorurteilen beschiessen: Die Lehrerschaft ist eine ungeführte Schar von

Individualistinnen und linksbürgerlichen Idealisten, die Zeugnisse unverständlich, die Lernziele der Schulen unklar, die Sprache der Bildungsaristokratie unverständlich und so weiter und so fort. Die Vorwürfe von unserer Seite an die Schulen, sie würden die wichtigen Themen, welche Kinder und Jugendliche betreffen, zu wenig berücksichtigen (z. B. Gender-Thematik, Unflexibilität gegenüber der Heterogenität der Kinder usw.) wären auch beliebig lang anzuführen. Schule ist heute im Fokus, unbestrittenermassen.

Pauschalisierung

Dabei stünden positiv besetzte Bilder zur Verfügung: Gerade mit unserer HarmoS-Kampagne im Kanton Zug

haben wir neue Bilder von zufriedenen Kindern in die Welt gesetzt. Diese Bilder waren denn im Grunde auch nicht noch lange zu erklären. Im Hintergrund wissen wir, dass zukünftige Schulen klassen- und jahrgangsübergreifendes Lernen in Projektgruppen mit sich bringt, Integration so weit als möglich aber nicht um jeden Preis, individuelle zielgerichtete Förderung aller und vor allem gleichberechtigt usw. Die Schule ist schlicht die Werkstatt der zukünftigen Gesellschaft.

Dies haben Schulentwicklungsgegner auch gemerkt, und sie ärgern alle vernünftigen Lehrpersonen, wissenschaftliche Mitarbeitenden der Pädagogischen Hochschulen und Eltern mit pauschalen Aussagen, dass Schule ja ganz einfach zu leiten wären, würden Noten gleich zu Beginn geben, keine Verweichlichung der Kinder akzeptiert werden, und selbst die Lehrpläne könnte die SVP mit Herrn Schluer innert Halbjahresfrist problemlos selber ohne grosse Absprache für die ganze Schweiz hinstellen. Es bräuchte im Ganzen nur ein etwas preussischeres Vorgehen, im Stile von anno dazumal, als auch wir Älteren und unsere Eltern die Schule durchlebt haben.

Hier schlage ich nun einfach vor, dass wir diese pauschalen Aussagen mit schlichten Fotografien bebildern: nämlich mit kindergartnjungen Soldaten und Soldatinnen, die stramm in einer Reihe stehen, freudig in die Zukunft blicken. Diese Bilder ergänzt mit einem einfach lesbaren, schlichten Untertitel: Mit flotten Noten in die Zukunft. Denn Bilder sprechen mehr als Bände. ■

Förderung von Energieeffizienz

Hanni Schriber-Neiger, Kantonsrätin Alternative Grüne Fraktion, Rotkreuz
Bilder Hanni Schriber-Neiger

20

Haushaltgeräte brauchen 60 Prozent des Stromverbrauches eines normalen Haushaltes, und mit einer einfachen Förderaktion wäre innert kurzer Zeit einiges an Energiesparen möglich gewesen. Nur der Kantonsrat vom 29. Oktober 2009 sah es anders. Einmal mehr wurde von der Mehrheit des Kantonsrates mit 28 zu 38 Stimmen ein Postulat von linker Seite nicht mal überwiesen. (Ich wiederhole: Es war nur ein Postulat, keine Motion!) Die Antwort der Regierung und sogar eine allfällige Umsetzung dazu hätte wohl auch jede haushaltführende Person im Kanton Zug interessiert.

Der Wortlaut des Postulates lautete folgendermassen: Der Regierungsrat wird eingeladen, dem Kantonsrat eine Vorlage zu unterbreiten, welche für die Zuger Bevölkerung Förderbeiträge für die Neuanschaffung von Haushaltgeräten während eines limitierten Zeitraums oder 1,5 Mio. Franken als Obergrenze vorsieht. Folgende Elektrohaushaltgeräte sollen bei einem Neukauf subventioniert werden: Kühl- und Gefriergeräte (ab 180 Liter), Waschmaschinen, Tumbler, Geschirrspüler.

Die Förderbeiträge sollen Fr. 200.- für einen Kühlschrank (ab 180 Liter) oder ein Gefriergerät und Fr. 400.- für eine Waschmaschine, einen Wärmepumpen-Tumbler oder einen Geschirrspüler ausmachen. Um von einem Förderbeitrag profitieren zu können, müssen neu anzuschaffende Geräte zwingend auf der von EnergieSchweiz geführten Liste der stromeffizienten Apparate aufgeführt sein, also wo möglich mit Effizienzklasse A++ (falls keine vorhanden: Effizienzkategorie A+). Der Kanton definiert die Modelle und erstattet den Beitrag.

Begründung

Die Begründung lautete wie folgt: Die Förderbeiträge sind ein Anreiz, um Haushaltgeräte, die ein gewisses Alter aufweisen, zu ersetzen. Diese sind mit einem Anteil von 60 Prozent die grössten Elektrizitätsverbraucher in einem typischen Haushalt. Entsprechend gross ist das Energiesparpotenzial, wenn alte Geräte durch solche mit deutlich besserer Energieeffizienz ersetzt werden. Der Betrag von 1,5 Mio.

Franken reicht zum Beispiel für 3750 Waschmaschinen oder 7500 Kühlschränke. Eine hohe Anzahl ist wichtig, damit nicht nur die Neubauten von solchen Haushaltgeräten einen Gewinn haben, sondern dass vor allem bestehende und Altwohnungen mit neuen Geräten ausgerüstet werden können.

Die Aktion soll zeitlich beschränkt werden, zum Beispiel auf ein Jahr. Ihr Hauptziel ist es vor allem, Zuger Haushalte auf die Problematik des hohen Stromverbrauches von Haushaltgeräten aufmerksam zu machen und zu sensibilisieren. Daher kann die Aktion zeitlich beschränkt werden. Insbesondere geht es darum, die Energieklassen dieser Geräte bzw. ihre Auswirkung bekannter zu machen.

Zum Beispiel ist ein Kühlschrank der Klasse A++ hocheffizient, weil er weniger als 30 Prozent des Standard-Energieverbrauchs gemäss EU-Richtlinie konsumiert. Bei A+ sind es noch 30–42 Prozent und bei A 42–50 Prozent. Andere Kantone wie Basel-Stadt, St. Gallen oder Zürich haben ähnliche Aktionen als Sensibilisierungskampagnen erfolgreich durchgeführt.

Postulat nicht überwiesen

Obwohl wir bewusst die Zeitdauer dieser Aktion offen liessen und eine mögliche finanzielle Obergrenze angaben, fanden zwei bürgerliche Herren, eine solche Förderung sei nicht Aufgabe des Kantons. Leider wurde diese Haltung mehrheitlich geteilt. Diesen Antrag und den Parlamentsentscheid zur Nichtüberweisung dieses Postulates betreffend Förderbeiträge für die

Neuanschaffung von energieeffizienten Haushaltgeräten verstehen wir einmal mehr überhaupt nicht. Zumal andere Kantone hier eine Vorreiterrolle übernommen hatten.

■

Informationen über energieeffiziente Haushaltgeräte: www.topten.ch

Tipp zum Energie- und Stromsparen: www.energieeffizienz.ch

Infos zur Energieetikette für Elektrogeräte: www.energieetikette.ch

Hinweise, ob der Ersatz des alten Geräts sinnvoll ist, bietet der Effizienzrechner: www.eae-geraete.ch

Informationen zur Entsorgung: www.sens.ch



21

Werbeprospekt mit Hinweis zum Förderbeitrag: Eine solche einmalige Aktion hat sich auch die Alternative Grüne Fraktion im Kanton Zug vorgestellt.



Die Energieklassen bringen es an den Tag, welche Geräte wirklich energieeffizient sind.



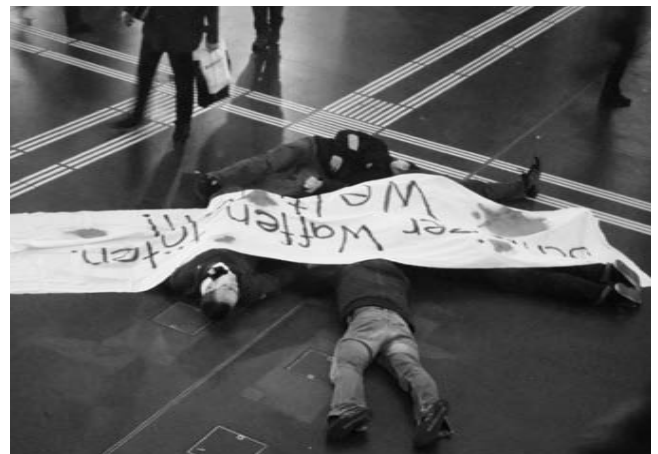
Gerät mit Energieklasse C: Ein solches Gerät mit dieser schlechten Energiebilanz sollte gar nicht mehr in den Verkauf gelangen.



Jung, grün, stachlig

Jonas Feldmann, 17, Kantonsschüler, Co-Präsident Junge Alternative Zug
Bilder BULLETIN

22 Seit dem 5. November ist die Zuger Politlandschaft um eine Parteisektion reicher: Die Junge Alternative Zug wurde im Siehbachsaal gegründet und als Sektion bei den Alternativen – die Grünen aufgenommen. Einstimmig wurden Vorstand, Revisor und Statuten verabschiedet. Schwerpunkt ist fürs Erste das Thema Jugendkulturraumnot.



Oben links: Die junge Alternative soll sein wie ein Kaktus – jung, grün und stachlig

Oben rechts: Die Junge Alternative in Aktion: Flashmob gegen Kriegsmaterialexporte

Mitte: Die erste Vorstandssitzung nach der Gründung

Unten: Johannes Kern, Matthias Kilchsberger, Jonas Feldmann, Salomé Zehnder, Marco Knobel, Levin Schmid, abwesend: Andreas Kretz

Lasche Eintragungspraxis erleichtert Wirtschaftskriminalität

Franz Stoller, freier Journalist | Bild BULLETIN

Mutmassliche Wirtschaftskriminelle lieben Zug, profitieren sie doch von der laschen Eintragungspraxis des kantonalen Handelsregisteramtes. Vom Registerhai über Anlagebetrüger bis hin zum korrupten Sportmanager ist alles vertreten. Ein besonders grosser Fall, der in Zug seinen Anfang hatte, wird von der Staatsanwaltschaft Zürich, Abteilung für Wirtschaftsdelikte, untersucht.

Es handelt sich dabei um den Fall von W., von Beruf Treuhänder und «Finanzberater» sowie Aktienmantelhändler im Stil von Bertrand Chollet (vgl. BULLETIN Nr. 1-08 und 2-09). Zu Dutzenden hatte W. Vorratsgesellschaften mit überbewerteten Sacheinlagen gegründet. Bereits im Jahr 1995 stellte der Journalist Reto Rescalli in der Zeitung «Finanz- und Wirtschaft» dem Leiter des Handelsregisteramtes, Markus Spiess, kritische Fragen zum Firmenimperium von W. Doch Spiess zerstreute die Bedenken und meinte, es sei alles in Ordnung und die Vorschriften seien eingehalten worden. Nur, wenn alles rechtens gewesen wäre, wie kommt es, dass seit rund zwei Jahren ein umfangreiches Strafverfahren gegen W. läuft? Der zuständige Zürcher Staatsanwalt Braun will zu den Vorwürfen und dem Verfahrensstand keine Angaben machen. Erwiesen ist aber, dass W. annähernd 200 Firmen gegründet und für gutes Geld verkauft hat. Rund drei Viertel dieser Nonvaleurs sind bereits in Konkurs und gelöscht worden. Auch unser Spiritual Coach Bertrand Chollet war ein Kunde und gelehriger Schüler von W. Das Handelsregisteramt Zug lässt sich offensichtlich immer wieder von solchen Leuten vorführen.

Unbequeme Wahrheit

Handelsregisterführer und Konkursbeamter im Doppelmandat Markus Spiess steht wiederholt in der Kritik. Vor allem lasse er es zu, dass leichtfertig und gesetzeswidrig Firmen eingetragen würden, obwohl es leicht ersichtlich sei, dass die Gründer in betrügerischer Absicht handelten. Ein deutscher Geschäftsmann, der bei ei-

ner Zuger Firma Geld verloren hatte, meinte nur lakonisch, der Registerführer sei der willige Zudiener für ausländische Geschäftsleute, die sich dann als Grossbetrüger erweisen. Es sei hoffentlich nur noch eine Frage der Zeit, bis ein Zivilverfahren angestrengt werde, bei dem die Rolle des Handelsregisters genauer unter die Lupe genommen und geprüft werde, ob eine etwaige Mitverantwortung vorliege. Der Blick ins Amtsblatt offenbart eine auffällige, starke Zunahme der Konkurse von Finanzfirmen. Die dazugehörigen Konkursverfahren können mit der halben Million Mehreinnahmen im Handelsregister nicht abgedeckt werden. Die lasche Eintragungspraxis kostet also mehr, als sie einbringt.

Markus Spiess bestreitet auf Nachfrage die Vorwürfe pauschal und zeigte sich nicht bereit, auf konkrete Fälle einzugehen.



Auch Heinz Piroth (NicStic-Affäre) ist wieder auf Investorensuche. Diesmal für ein «sehr bekanntes» Getränk namens «Chillmi», 1 Million kostet eine Franchise.

Harte Sitten beim ungeliebten Nachbarn

Österreich nimmt eine Vorbildfunk-

tion ein, wenn es um die Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität geht. Wer dort wegen Betrugs oder Ähnlichem verurteilt ist, kann im Finanzbereich keine Firma mehr eröffnen. Dies wäre auch in der Schweiz anzustreben. Eine Berufsbewilligung, wie man sie bei Ärzten, Rechtsanwälten und Juristen kennt, ist dringend nötig. Gerade im sensiblen Finanzbereich hat es die Finanzmarktaufsicht (Nachfolgeorganisation der EBK) verpasst, klare Strukturen und Gesetze zu schaffen, die es erlauben, unqualifizierten und kriminellen Berufsleuten von vornherein eine allfällige Berufsbewilligung zu verweigern. Dies wäre ein kleiner Schritt mit grosser Wirkung. Doch tut sich die Behörde schwer mit solchen Entscheidungen.

Antikorruptionsagentur beobachtet Zuger Strafverfahren

Transparency International (TI) ist eine international anerkannte Non-Profit-Organisation, die sich mit Korruptionsbekämpfung befasst. TI stellt den Zuger Gerichten kein gutes Zeugnis aus. Den Fall der konkursiten Sportmarketingfirma ISL hat sie unter dem Titel «Transparency International Schweiz ist enttäuscht über die milde Urteilsverkündung gegen ISMM» eingehend kommentiert. Vor allem stösst sich Transparency International daran, dass das Gericht Schmiergeldzahlungen, die für das Unternehmen überlebenswichtig waren, als legitim darstellt! TI spricht weiter von einer nicht nachvollziehbaren Urteilsbegründung und einer gefährlichen Entwicklung im Kanton Zug, die man genau verfolgen müsse. Kürzlich sind nun auch noch 5 der 6 Angeklagten vom Obergericht freigesprochen worden. Das Urteil ist zwar noch nicht rechtskräftig, aber es dürfte dem Ansehen des «sauberen» Finanzplatzes Zugs wenig dienlich sein und den Ruf als dubiose Steueroase eher verstärken. ■



24

Massive Koordinationsprobleme bei der Stadtzuger FDP: Zuerst wird sie vom Nacht-und-Nebel-Rücktritt ihres Finanziers, Hoffnungsträgers und Nicht-Stadtpräsidenten **Ueli Straub** auf dem rechten Fuss erwischt. Und dann sabotiert sie mit einer ungeschickten Interpellation im GGR Straubs Versuch, sich mit einer schönen Legende reinzuwaschen:

Die Legende darf er in einem ausführlichen Interview in der Neuen Zuger Zeitung basteln: Der Stadtrat habe ihm die nötigen Ressourcen entzogen, weshalb ihm fast nichts mehr anderes übrig geblieben sei als der Rücktritt. Die **Opferrolle** macht sich immer gut.

Dumm nur, dass seine FDP dann in einer **Interpellation** Fragen stellt, welche es dem Stadtpräsidenten Dolfi Müller in der GGR-Sitzung vom 17. November 2009 erlaubt, zu sagen, wie es wirklich war. Zum Beispiel dies: «In diesem Zusammenhang ist anzumerken, dass dem früheren Chef des Bildungsdepartements keineswegs personelle Ressourcen entzogen wurden. Vielmehr wurde das Departementssekretariat 2008 mit der Neuanschaffung einer Departementsassistentin mit einem 80 Prozent-Pensum aufgestockt.»

Dass Straubs Führungsstil nicht nur verschleissend, sondern auch kostspielig war, zählte nicht unbedingt zu den grössten Geheimnissen in der Stadt. Was aber den FDP-Fraktionschef Karl Kobelt nicht daran hinderte, in derselben Sitzung auf **Mitleid** zu machen: «Die Interpellanten fragen sich insbesondere, ob der Gesamtstadtrat dem Bildungschef die notwendige, angezeigte und menschenmögliche Unterstützung geleistet hat.»

Und Kobelts Parteikollegin Hotz-Loos bedauerte **scheinheilig**: «Die SP hat einen Roundtable initiiert. Eigentlich war vorgesehen, dass nach drei Monaten erneut informiert werden sollte. Sie haben es nicht eingefordert und alle andern auch nicht.» Was SP-Mann Bertschi zur Berichtigung veranlasste: «Der zurückgetretene Stadtrat hielt dies für nicht geboten. Das ist letztlich der Grund, weshalb die zweite Runde nicht stattgefunden hat.»

Nicht zu reden von den langwierigen und kostspieligen **Mediationsbemühungen** des Stadtrates, Iwan Rickenbacher inklusive. CSP-Gemeinderätin Vroni Straub-Müller brachte es schliesslich auf den Punkt: «Neun Monate sind es jetzt her, oder in ihrer Sprache gesprochen, eine ganze Schwangerschaft lang,

seit die ersten Unruhen im Bildungsdepartement öffentlich wurden. Leider blieb aber das freudige Ereignis bis heute aus.»

Frotzelte schliesslich eine Beobachterin: «Den Ueli hat die **Kraft** verlassen und seine Partei hat kurzzeitig den **Verstand** verloren...».

CVP Nationalrat Geri Pfister darf jetzt bauen und mehr reisen, aber staatspolitisch ist er am Ende – seine Fraktion hat ihn vom Präsidium der staatspolitischen Kommission «entlastet», in die unbedeutende Kommission für Hochbauten abgeschoben und ihm als **Trostpflasterli** einen Sitz in der Delegation beim Europarat gegeben. Dort darf er seinen Hang zum schöngeistigen, aber unverbindlichen Schwadronieren nun ausleben.

Keine Neue Zuger Zeitung mehr beim Eingang zum Kantonsratssaal. Nicht etwa aus Spargründen, sondern weil **Kantons-**

ratspräsident Pezzatti nicht will, dass im Rat Zeitung gelesen wird. Das hindert aber seinen Parteikollegen Thomas Lötcher nicht, sich während den Sitzungen regelmässig mit allerlei Literatur rund um die vierrädrigen Blechkisten zu beschäftigen. In der Automobil Revue konnte Lötcher lesen, dass ein Leben lang Auto fahren in der Schweiz 665'000 Franken kostet. Die Hälfte davon geht drauf für die Anschaffung der Autos. Mit einem GA fürs ganze Leben liessen sich also rund 400'000 Franken sparen. Müsste eigentlich auch Lötcher überzeugen...

Zum Schluss noch das Zitat des Jahres: «**Manchmal ist Stillstand Fortschritt!**» Heinz Tännlers Spruch im Kantonsrat vom 29.10.2009 wünschten wir uns eigentlich vor allem in Bezug auf seinen Drang, den Kanton Zug mit neuen Strassen zu beglücken. ■

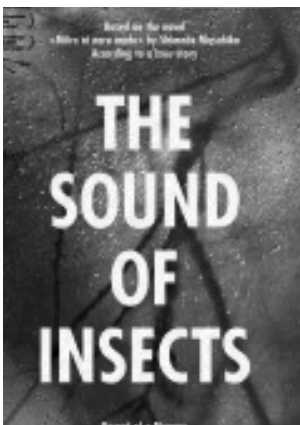
Kopenhagen...





FLIZ- Filme im Jahr 2010

Montag, 11. Januar 2010, 20 Uhr:
THE SOUND OF INSECTS, der neue Film von Peter Liechti! Nach der Novelle «Miira na niru made» von Shimada Mashika nach einer wahren Geschichte. Die wahre Geschichte ist der Mut eines Japaners, der sich in die Abgeschiedenheit begibt, um zu verhun- gern. Die Tagebuch-Texte und die Tat sind ein Gleichnis für die allgemei- ne Entfremdung des Menschen in unserer heutigen Welt und damit ein Manifest für das Leben! Peter Liechti ist ein Meisterwerk in Bildern von beklemmender Schönheit gelungen! Peter Liechti ist anwe- send!



Montag, 8. Februar 2010, 20 Uhr:
ÜBER WASSER, ein Dokumentarfilm von Udo Maurer, Wien. Anhand von drei Kapiteln aus unter- schiedlichen Gegenden der Welt erzählt Udo Maurer vom Umgang mit dem lebensnotwendigen

Element Wasser. 1) Bangladesch, wo Fluten und Überschwemmungen das Land der Bauern erodieren lässt. 2) Der Aralsee in Kasachstan, wo Fischerdörfer bereits 100 km vom Ufer entfernt sind in einer Wüste 3) Die Wassernot in einem der grössten Slums von Nairobi, Kenia, wo Wasser längst eine käufliche Ware wurde. Beeindruckende und irritierende Bilder konfrontieren uns mit der Diskussion, ob Wasser Menschenrecht ist oder Ware. Zusammenarbeit mit WWF Zug und Stiftung St. Martin, Baar. Udo Maurer ist anwesend!



Montag, 15. März 2010, 20 Uhr:
THE COLOUR OF YOUR SOCKS (Die Farbe Deiner Socken), ein Jahr mit Pipilotti Rist. Ein Dokumentarfilm vom Zuger Filmemacher Michael Hegglin, der die Künst- lerin ein Jahr bei ihrer Arbeit rund um die Welt und in ihrem Atelier in Zürich begleitet. Man sieht, wie sie ihre Projekte entwickelt, erarbeitet, die Zusammenarbeit mit ihrem Team, bis hin zu Gesprächen mit Fremden. Ein durchaus heiterer, sinnlicher Film über und mit einer schrägen,

kreativen, positiven Künstlerin von internatio- nalem Ruf. Zum internationalen Frauentag. Michael Hegglin ist anwesend!



Korrigenda zum Artikel «Langsame Zuger Justiz» im BULLETIN Nr. 3-2009

Durch eine missverständliche Formulierung im erwähnten Artikel wurde der Eindruck erweckt, dass Untersuchungs- richter Marc Siegwart zustän- dig für den im Artikel er- wählten Fall war und in die- ser Funktion durch eine ungenehmigte Telefonabhö- rung verantwortlich für einen nicht gerechtfertigten Frei- spruch war. Tatsächlich war Marc Siegwart zu keinem Zeit- punkt zuständig für diesen Fall. Richtig ist, dass der zu- ständige Untersuchungsrich- ter eine von Marc Siegwart in einem anderen Fall rechtmä- sig erhobene Telefonabhörung verwendete, ohne diese sei- nerseits genehmigen zu lassen, was zu dem erwähnten Frei- spruch führte. Wir entschuldi- gen uns für das Versehen so- wie die damit verbundene falsche Schlussfolgerung und Wertung. Die Redaktion.



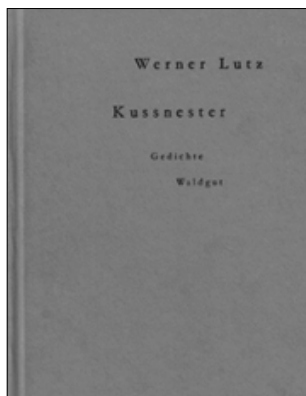
26

Büchermail

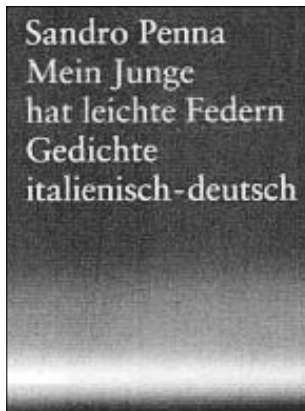
Liebe Leserin, lieber Leser

Da euch dieses Bulletin kaum noch vor Weihnachten erreicht, gibt es nun keine Rubrik «Bücher zum Schenken». Ich schenke euch aber gerne ein paar Gedichte aus meiner Lyrik-Ecke zur Lektüre für die kurze Zeit «zwischen den Jahren»!

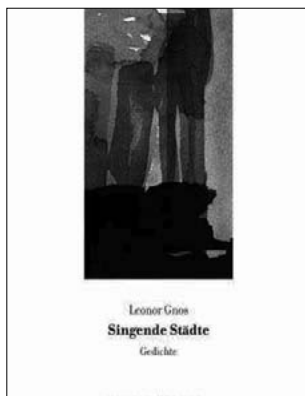
Werner Lutz, Kussnester, Gedichte
 Verlag im Waldgut:
 Lies sie einmal dunkel
 einmal hell
 lies sie mit den Augen des Mittags
 und lies sie mit den Augen der Mitternacht



Sandro Penna, Mein Junge hat leichte Federn, Gedichte, italienisch-deutsch Pano-Verlag:
 Amavo ogni cosa nel monde. E non avevo che il mio bianco taccuino sotto il sole.
 Ich liebte die Dinge der Welt. Und hielt nur ein weisses Heft in der Sonne



Leonor Gnos, Singende Städte, Verlag Martin Wallimann:
 Wie gemalt die Stadt vom Schiff aus
 lehnt sich gelassen an den Berg und die Hügel
 kennt ihre Pose vor dem Wasserspiegel
 und den flatternden Wolken am Himmel
 das Gekicher der Seemöwen fällt mir ins Ohr
 ins Auge die blaue Luft
 ich schaue doch lieber hinauf bis es dämmt
 und das was als Punkt zum Vorschein kommt ein Stern ist der zwinkert



Horst Bingel, Den Schnee besteuern, orte-Verlag:
 Steuerparadies:
 Kaum ist der Winter da, kommen Politiker und besteuern den Schnee

Chrstioph Simon, Ein Pony in Nachbars Garten, ein Rennpferd in meinem, Edition BAES:
 Wanderlied:
 Im Handel sehr geschätzt sind Wanderbücher mit Routen,
 die zum Parkplatz zurückführen

Margret Kreidl, Eine Schwalbe falten, Edition Korrespondenzen:
 Viel trinken
 Nichts fragen
 Heiss baden
 Nicht weinen
 Kalt duschen
 Nicht spucken
 Alles schlucken

Wünsche einen guten Start ins neue Jahr!
 Susanne Giger.■

In eigener Sache:
Verabschiedung

Adelina Odermatt geht...



Im (Un)Ruhestand hat Adelina Odermatt aus ihrer Leidenschaft schon fast einen zweiten Beruf gemacht – Fotografieren. Und das BULLETIN hat davon profitiert! Nach der Umstellung auf reines Schwarzweiss kamen die Fotos von Adelina als Titelbilder erst richtig zur Geltung. Mit ihren manchmal unkonventionellen Ideen gelang es auch immer wieder, Artikel treffend und spannend zu illustrieren. Die Redaktion dankt Adelina für die lange Treue zum BULLETIN und freut sich mit ihr, wenn sie nun mehr Zeit für ihre Enkelkinder hat.

...Paula Gisler kommt.



Mit Paula Gisler ist es gelungen, eine würdige Nachfolgerin zu finden. Das perfekt komponierte Titelbild der vorliegenden Nummer beweist es. Paula stellt ihre fotografischen Fähigkeiten ab dieser Nummer auch dem BULLETIN zur Verfügung – die Redaktion begrüsst sie ganz herzlich.



**Montag, 4. Januar: Kickoff
– zur Abstimmung Wahlge-
setz**

19.30 h, Apéro; 20 h
Veranstaltung, Gaststätte
«Bären», Metallstrasse, Zug

**Mittwoch, 6. Januar:
Alternative Monatsbar**

18.30 h, Siehbachsaal,
Chamerstrasse 33, Zug,
Mit Köchinnen und
Köchen der Alternative
Baar

**Samstag, 30. Januar:
Alternative – Baar**

Politcafé zum Thema:
Abstimmung 7. März über
das Wahl- und Abstim-
mungsgesetz/Verbot von
Listenverbindungen,
9.30–11 h, Baar, Café
Martinspark

**Mittwoch, 3. Februar:
Alternative Monatsbar**

18.30 h, Siehbachsaal,
Chamerstrasse 33, Zug,
Mit Köchinnen und
Köchen der Jungen
Alternative

**Mittwoch, 3. März:
Alternative Monatsbar**

18.30 h, Siehbachsaal,
Chamerstrasse 33, Zug,
Mit Köchinnen und
Köchen des Forum
Oberägeri

**Sonntag, 7. März: Kanto-
nale Abstimmung** zum
Wahlgesetz und eidgenös-
sische Abstimmungen

**Mittwoch, 7. April:
Alternative Monatsbar**

18.30 h, Siehbachsaal,
Chamerstrasse 33, Zug,
Mit Köchinnen und
Köchen der Frischen Brise
Steinhausen

Die Alternativen im
Kanton Zug

**Alternative – die Grünen
Kanton Zug**

Postfach 4806, 6304 Zug
041 711 99 09
www.alternative-zug.ch
info@alternative-zug.ch

Öffnungszeiten Büro Alter-
native Kanton Zug:
**MO, 14–18 Uhr und
DO, 10–14 Uhr**

Forum Oberägeri

Andreas Kuhn, Lutisbach-
weg 9, 6315 Oberägeri
www.forum-oberaegeri.ch
forum-oberaegeri@mymail.ch

Freie Wähler Menzingen

Pia Rhyner, Präsidentin,
Eustr. 16, 6313 Menzingen
Postfach 112, 6313 Men-
zingen
www.fw-menzingen.ch
pia@fw-menzingen.ch

**Frische Brise Alternative
Steinhausen**

Postfach 123
6312 Steinhausen
www.frischebrise.ch
studerus@datazug.ch

**Gleis 3 Alternative Risch-
Rotkreuz**

Hanni Schriber,
Unterer Haldenweg 5,
6343 Rotkreuz
www.gleis3.ch
hannischriber@gmx.ch

Krifo Alternative Cham

Co-Präsidium: Sha Acker-
mann und Roman Ambühl
www.krifo.ch
cham@alternative-zug.ch

Alternative Stadt Zug

Postfach 4805, 6304 Zug
www.alternative-stadt.ch
info@alternative-stadt.ch

Alternative Baar

Postfach, 6340 Baar
www.alternative-baar.ch
info@alternative-baar.ch

**Alternative Grüne Frakti-
on im Kantonsrat:**

www.alternativefraktion.ch

Namentlich gezeichnete
Artikel unterliegen der al-
leinigen Verantwortung der
Autorinnen und Autoren.

Bulletin Nr. 4, Dezember
2009, erscheint viermal
jährlich.

Herausgeber: Verein DAS
BULLETIN

Adresse:

BULLETIN Alternative – die
Grünen Kanton Zug,
Postfach 4806, 6304 Zug,
E-Mail: bulletin@ch.inter.net

Redaktion:

Natalie Chiodi, Jonas Feld-
mann, Paula Gisler,
Hansjörg Glauser,
Gerd Hofielen,
Philippe Koch,
Lorenzo Martinoni,
Martin Stuber

Produktion:

Manuela Burkart,
www.alphabeet.ch

Belichtung & Druck:
DMG Zug

Gedruckt auf Cyclus Print
(100% Recycle Papier)

Nutzaufgabe:
1200 Exemplare

WEMF-bestätigte Auflage:
1005 Exemplare

Abonnement: Fr. 25.–
KleinverdienerInnen Fr. 10.–
Unterstützungsabo: Fr. 50.–
Mitgliederbeitrag Verein
DAS BULLETIN: Fr. 100.–

Einzahlungen auf:
Verein DAS BULLETIN,
6304 Zug, PC 60-30584-6

Redaktionsschluss

Nr. 1/2010:
Freitag, 12. März 2010

Erscheinungsdatum:
Mittwoch, 31. März 2010

«DAS BULLETIN» auf dem
Internet unter
www.bulletin-zug.ch

AZB 6304 ZUG

Adressberichtigungen melden:
Alternative - die Grünen Kanton Zug,
Postfach 4806, 6304 Zug

